



***attac Mainz***

***AG Soziale Gerechtigkeit***

**DEMOGRAFIE**

**UND**

**RENTENLÜGE**

**Mainz, den 28. März 2012:** Claude Berny, Alfred Kollmeier, Michael Rumpel, Michael Stork, Heshmat Tavakoli

# DEMOGRAFIE UND RENTENLÜGE.

## Inhalt

<b>1. Die politische Demografie.....</b>	<b>Seite 2</b>
<b>1.1. Demografische Prognosen .....</b>	<b>Seite 2</b>
<b>1.2. Was kann die Demografie aussagen?.....</b>	<b>Seite 2</b>
<b>2. Die Kritik der politischen Demografie.....</b>	<b>Seite 5</b>
<b>2.1. Erster Perspektivenwechsel: Wer unterhält wen?.....</b>	<b>Seite 6</b>
<b>2.2. Zweiter Perspektivenwechsel: Politik statt Demografie - oder warum die Zukunft variabel ist.....</b>	<b>Seite 11</b>
<b>3. Was tun?.....</b>	<b>Seite 16</b>
<b>3.1. Die Erzählung vom immerwährenden „Fortschritt“ .....</b>	<b>Seite 17</b>
<b>3.2. Die Erosion der Sozialsysteme durch die Prekarisierung der Arbeit stoppen!.....</b>	<b>Seite 19</b>
<b>3.3. Der Vorschlag einer Erwerbstätigenversicherung.....</b>	<b>Seite 20</b>
<b>3.4. Der Vorschlag einer Bürgerversicherung.....</b>	<b>Seite 21</b>
<b>4. Warum eine politische Demografie konstruiert wird.....</b>	<b>Seite 22</b>
<b>5. Fazit.....</b>	<b>Seite 27</b>
<b>Literatur.....</b>	<b>Seite 31</b>
<b>Abkürzungen.....</b>	<b>Seite 32</b>

# 1. Die politische Demografie

## 1.1. Demografische Prognosen

Die Demografie tritt als das Schlachtpferd der Rentendiskussion auf. Sie liefert die Zahlen für die These, dass die paritätisch finanzierten Renten im umlagefinanzierten System der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auf lange Sicht nicht ausreichen werden, um den Lebensstandard im Alter beizubehalten. Die Demografie soll auch Pate stehen bei der Empfehlung an alle Durchschnittsverdiener, sich eine zusätzliche private Rentenversicherung zuzulegen, also den Einstieg ins kapitalfinanzierte System der Rentenversicherung zu vollziehen. Es ist schon Alltag, dass der Löwenanteil der Presse von Bild über SPIEGEL und ZEIT bis hin zu auflagenstarken sogenannten „Sachbüchern“ behauptet, dass die derzeitigen demografischen Veränderungen die Anhebung des Rentenalters und eine Absenkung der Altersrente - mit nachdrücklichem Hinweis auf die Unvermeidbarkeit – erforderlich machen. Sie behaupten unisono, dass die derzeitige Politik alternativlos sei.<sup>1</sup> Das bezweifeln wir!

Das steigende Durchschnittsalter der Gesellschaft in der BRD ist genauso unleugbar wie die Tatsache, dass ein Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung Kosten verursachen wird, die vor allem von jenen zu tragen sein werden, die während ihres Erwerbslebens in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, eine wachsende Anzahl von Rentnern zu unterhalten haben und dies tun, um selbst eines Tages eine Rente zu beziehen, die wiederum von denen finanziert wird, die zeitgleich im Erwerbsleben stehen. Damit aber ist auch schon das Ende der Sachzwänge erreicht und es beginnt das Terrain der Politik, das ist der Ort, wo die Alternativen zu Hause sind.

## 1.2. Was kann die Demografie aussagen?

Das Statistische Bundesamt (BA) skizziert in seiner 2009 erschienenen Publikation mit dem Titel „*Bevölkerung Deutschlands bis 2060*“ in groben Linien die Zukunft der demografischen Landschaft bis 2060. Hochgerechnet wird das derzeitige Verhältnis von Geburten- und Sterberate, seine Wirkung auf die zukünftige altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung und auf die Entwicklungen des Arbeitsmarktes.

In „*Bevölkerung Deutschlands bis 2060*“ wird nachgewiesen, dass sich im Jahr 2060 nur noch etwa 50% der Bevölkerung im Erwerbsalter befinden wird, mehr als 34% wird über 65 Jahre alt sein. Schlüsselbegriff ist der Altenquotient, der besagt: „*Die Verschiebungen in der Altersstruktur bewirken, dass der Bevölkerung im Erwerbsalter künftig immer mehr Seniorinnen und Senioren gegenüberstehen werden. Im Jahr 2008 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren 34 Personen, die 65 Jahre oder älter waren.*“<sup>2</sup>

Der Altenquotient besagt also, wie viele Erwerbsfähige im betreffenden Jahr wie viele Rentner unterhalten. Im Jahr 2008 waren es 34 Rentner, die von 100 Erwerbsfähigen unterhalten wurden. Der Altenquotient beträgt also 34. Und im Jahre 2060? Wenn die derzeitige Anzahl von Geburten pro 100 Einwohner sich nicht wesentlich verändert, wird der Altenquotient im Jahr 2060 davon abhängen, wie viele Menschen jährlich aus anderen Staaten in die BRD einwandern. Bei diesen Einwanderern wird angenommen, dass sie sich in ihrer Mehrzahl im erwerbsfähigen Alter befinden, das heißt irgendwo zwischen 20 und 65 Jahren.

„*Bevölkerung Deutschlands bis 2060*“ berechnet zwei mögliche Entwicklungen: Eine bei einer Zuwanderung von jährlich 100 000 und eine bei einer Zuwanderung von jährlich 200 000 Menschen nach Deutschland.

Im ersten Fall (jährlich 100 000 Zuwanderer) wird im Jahre 2060 der Altenquotient 67 betragen,

<sup>1</sup> Zum Bsp. DIE ZEIT v. 10.04.08 unter dem Titel <Rentner an der Macht>; ebenso: Hans Mohl „Die Altersexplosion. Droht uns ein Krieg der Generationen?“, Reimer Gronemeyer „Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten“; Der Spiegel, Juni 1989: mit dem reißerischen Titel: „Krieg der Generationen“ etc. Die Titel lassen den Eindruck aufkommen die BRD stehe vor einem Bürgerkrieg!

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt: *Bevölkerung Deutschlands bis 2060*, Wiesbaden

im zweiten Fall 63. Das bedeutet, dass bei einer Zuwanderung von 100 000 Menschen pro Jahr im Jahr 2060 durchschnittlich 100 Erwerbsfähige (sich selbst und) 67 Rentner unterhalten werden und im Falle einer Zuwanderung von jährlich 200 000 Menschen 100 Erwerbsfähige 63 Rentner unterhalten werden. Erinnern wir uns noch einmal: Im Jahr 2008 – siehe oben – waren es nur 34 Rentner, die von 100 Erwerbsfähigen unterhalten wurden.

Wer dies liest wird im ersten Augenblick erschrocken sein. Vor allem, weil es nicht viele realistische Anhaltspunkte gibt, um anzunehmen, dass sich auf der Ebene der Geburtenhäufigkeit in den folgenden 50 Jahren etwas Grundlegendes ändern wird! Mit diesem drastischen Zahlenvergleich will das Statistische Bundesamt (BA) allen klar machen, dass die Situation sehr ernst ist und hier und heute zwei Maßnahmen erfordert:

1. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre soll die Zahl der Erwerbsfähigen erhöhen, d.h. die Zahl der Menschen, die möglicherweise in den nächsten 50 Jahren Einzahlungen in die Rentenkassen leisten können. Ganz eifrige Teilnehmer am demografischen Schicksal Deutschlands plädieren schon für eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre.<sup>3</sup>
2. Die Rentenansprüche sollen soweit abgesenkt werden, dass in den kommenden 50 Jahren immer mehr Rentner aus sinkenden Einnahmen der Rentenkassen unterhalten werden können.

Nun dürfte dem aufmerksamen Leser auffallen, dass die im Begriff des <Altenquotienten > zusammengefasste Gegenüberstellung des erwerbsfähigen Bevölkerungsteils im Alter von 20 bis 65 Jahren und den Rentnern über 65 Jahre unterschlägt, dass die Erwerbsfähigen nicht nur die Alten zu unterhalten haben, sondern auch den Nachwuchs, d.h. die jungen Menschen bis 20 Jahre. Und auch die kosten Geld.: Schulen und Universitäten, Kindergärten, spezielle Infrastruktur, Ermäßigungen aller Art, Kindergeld und Familienbeihilfen usw.

Die Statistik begrenzt die nicht erwerbsfähige Jugend auf 20 Jahre, obwohl ein Teil der 20jährigen bereits seit mehreren Jahren im Erwerbsleben steht, ein anderer – und in den vergangenen Jahrzehnten gewachsener – Teil sich aber noch in vielfältigen Ausbildungszweigen befindet und erst Jahre später ins Erwerbsleben eintreten wird. In anderen Ländern werden z.T. andere Altersbestimmungen für <Jugend> und damit auch Nicht-Erwerbstätigkeit, angesetzt. Die nicht erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 0-20 Jahren ist also ebenfalls von den Erwerbsfähigen zu unterhalten. Müssen diese also eine doppelte Last stemmen?

Sicherlich! Das BA hat in seiner Publikation „*Bevölkerung Deutschlands bis 2060*“ auch den Jugendquotienten berechnet und ihn sogar bis 2060 prognostiziert. Wie beim Altenquotienten sagt der Jugendquotient aus, wie viele nicht erwerbsfähige Jugendliche von 100 Erwerbsfähigen unterhalten werden müssen. Im Jahre 2008 waren es 32 Jugendliche bis 20 Jahre, die von 100 Erwerbsfähigen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren unterhalten werden mussten. Die Prognose des BA berechnet bei einer jährlichen Zuwanderung von 100 000 Menschen, dass im Jahre 2060 100 Erwerbsfähige 31 Jugendliche bis 20 Jahren zu unterhalten haben. Werden bis 2060 jährlich 200 000 Menschen zuwandern, dann wird der Jugendquotient ähnlich ausfallen: 100 Erwerbsfähige werden 30 Jugendliche bis 20 Jahre zu unterhalten haben.<sup>4</sup>

Damit sind wir also schon um eine wesentliche Information reicher geworden. Immerhin ist die Gegenüberstellung von Erwerbsfähigen und Nicht-Erwerbsfähigen schon ein Fortschritt gegenüber der Vulgarisierung des Themas durch den Großteil einschlägig bekannter Medien, die in der Regel das Überhandnehmen „der Alten“ prognostizieren, sie einfach der erwerbsfähigen Bevölkerung gegenüberstellen und daraus ableiten, dass demnächst die Senioren „den Jungen“ auf der Tasche liegen werden. Die Erwerbsfähigen haben aber immer zwei Gruppen von Nicht-Erwerbsfähigen zu

<sup>3</sup> Die EU-Kommission, Philipp Miesfelder (Vorsitzender der Jungen Union) u.a.m.

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt: *Bevölkerung Deutschlands bis 2060*. S. 17, 18

unterhalten: Die Alten (>65 J.) und die Jungen (<20 J.)<sup>5</sup>. Dementsprechend gibt es einen Alten- und einen Jugendquotienten, die sich beide zu einem Gesamtquotienten addieren. Der Gesamtquotient sagt aus, wieviele Nicht-Erwerbsfähige (Junge+Alte) von 100 Erwerbsfähigen unterhalten werden müssen. Dabei setzen solche Prognosen natürlich immer voraus, dass sich Rahmenbedingungen wie Politik und Wirtschaftssystem nicht verändern werden. Die demografischen Prognosen des Statistischen Bundesamtes sind also einfache Verlängerungen der Gegenwart in die Zukunft. Dass diese Devise: „Nichts Neues wird geschehen....“ eine Prognose mit verschwindend geringer Treffsicherheit ist, zeigt ein einfacher Blick in die Vergangenheit. Hätte das Statistische Bundesamt 1960 eine demografische Prognose für 2010 aufgestellt, die davon ausgegangen wäre, dass sich bis 2010 nichts Neues unter der Sonne ereignen wird, wäre diese damit weit entfernt an der Wirklichkeit vorbeigesaust.<sup>6</sup>

Aber fassen wir die grundlegenden Daten aus den obengenannten Prognosen noch einmal zusammen:

1. Der Altenquotient sagt aus, wieviele alte Menschen >65 J. von 100 Erwerbsfähigen in einem bestimmten Jahr unterhalten werden müssen.
2. Der Jugendquotient sagt aus, wieviele junge Menschen <20 J. von 100 Erwerbsfähigen in einem bestimmten Jahr unterhalten werden müssen.
3. Der Gesamtquotient sagt aus, wieviele Nicht-Erwerbsfähige (Junge+Alte) von 100 Erwerbsfähigen in einem bestimmten Jahr unterhalten werden müssen.

Mit den zusätzlichen Informationen, die der Begriff des Gesamtquotienten (als Zusammenfassung von Jugend- und Altenquotient) gegenüber dem des Altenquotienten bereithält, sieht das Bild, das die Abb. 1. zeigt, schon weniger dramatisch aus:

**Haben 2008 100 Erwerbsfähige sich und 66 Nichterwerbsfähige zu unterhalten, steigt diese Proportion 2060 im schlechtesten Fall auf 96 Nichterwerbsfähige und im besten Fall auf 93 Nichterwerbsfähige, die von 100 Erwerbsfähigen zu unterhalten sind.** Diese Zusammenhänge zeigt die Tab.1.1. (s.a. die dazugehörige Abb. 1.1.)

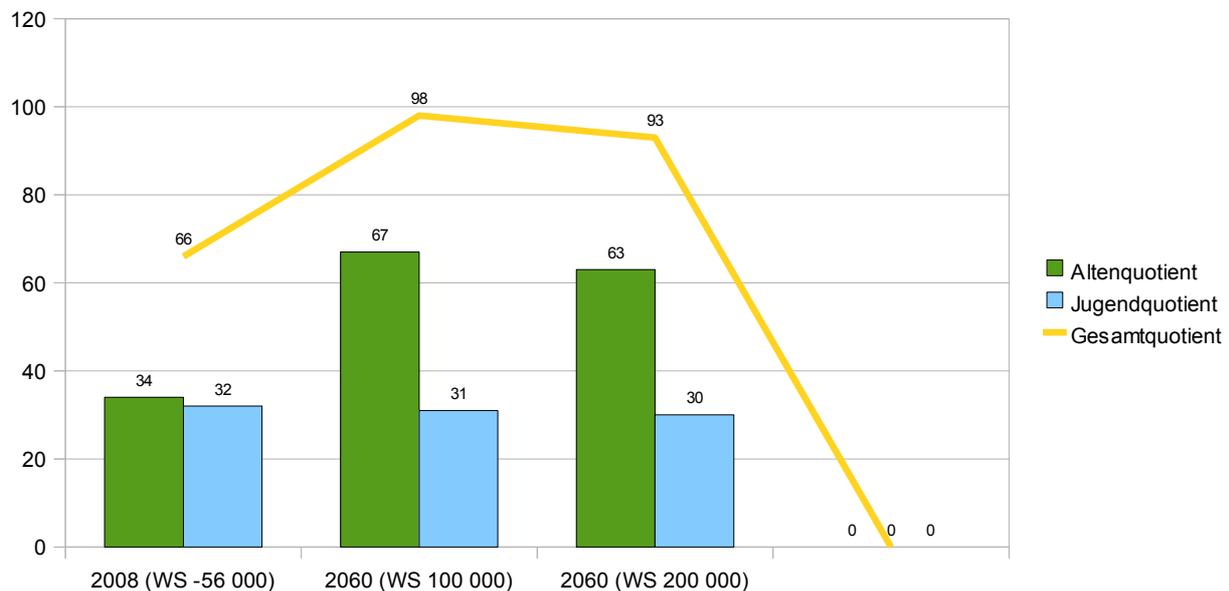
**Tab. 1.1.: Der Altenquotient, der Jugendquotient und der Gesamtquotient.**

1. Der Altenquotient sagt aus, wieviele alte Menschen >65 J. von 100 Erwerbsfähigen in einem bestimmten Jahr unterhalten werden müssen.
2. Der Jugendquotient sagt aus, wieviele junge Menschen <20 J. von 100 Erwerbsfähigen in einem bestimmten Jahr unterhalten werden müssen.
3. Der Gesamtquotient sagt aus, wieviele Nicht-Erwerbsfähige (Junge+Alte) von 100 Erwerbsfähigen in einem bestimmten Jahr unterhalten werden müssen.
4. Der Wanderungssaldo (WS) gibt an, ob in dem betreffenden Jahr die Zahl der Immigranten die der Emigranten überschreitet (positiver Saldo) oder unterschreitet (negativer Saldo). Der Wanderungssaldo ist starken Schwankungen unterworfen. Betrug er 2008 -56 000 und 2009 -13 000, so stieg er 2010 auf +80 000 bis +100 000 Personen.

2008			2060 / Wanderungssaldo 100000			2060 / Wanderungssaldo 200000		
Alten-quotient	Jugend-quotient	Gesamt-quotient	Alten-quotient	Jugend-quotient	Gesamt-quotient	Alten-quotient	Jugend-quotient	Gesamt-quotient
34	32	66	67	31	98	63	30	93

<sup>5</sup> Und niemand erliege dem Irrtum, dass Kinder und Jugendliche im Vergleich zum Rentner geringe gesellschaftliche Kosten verursachen würden. Eine Studie zu diesem Thema (Stahmer, C., Mecke, I., Herrchen, I. (2003 b): „Zeit für Kinder“, Schriftenreihe Sozioökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft, Band 3, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Metzler-Poeschel, Stuttgart.) kommt zu dem Ergebnis, dass 1998 die gesellschaftlichen Kosten für jedes Kind/jeden Jugendlichen mit durchschnittlich 1980 € /Monat zu veranschlagen sind.

<sup>6</sup> Das zeigt Peter Marschalck (1984): Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Ffm.

**Abb.1.1.: Der Altenquotient, der Jugendquotient und der Gesamtquotient.**

(Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. S. 17)

## 2. Die Kritik der politischen Demografie

Die in diesem Kapitel angeführten kritischen Argumente, die sich gegen die herrschenden Lehren vom Generationenkonflikt und von einer scheinbaren Alternativlosigkeit des Renteneintrittsalters von 67 bei schmaler Rente richten, werden von verschiedenen Seiten vorgebracht: Gewerkschaften, Soziologen, kritische Demografen und viele andere stellen mit z.T. sehr unterschiedlichen Argumenten die Dogmen in Frage, die sich angeblich alternativlos aus den Zahlen der demografischen Statistik ergeben würden. Wir möchten unsere Hauptkritik als Perspektivenwechsel bezeichnen, weil sie nicht an formellen Fehlern im System der Prognosen des Statistischen Bundesamtes mäkelte, sondern bewusst von einem anderen Standort aus formuliert wird. Die Demografie prognostiziert die Zukunft auf der Basis eines politischen und wirtschaftlichen Systems, das bis 2060 noch in unveränderter Form bestehen soll. Die Statistiker können wohl nicht anders handeln, weil jede Prognose, die etwas anderes voraussetzen würde als den Status Quo, sofort der politischen Einmischung verdächtig wäre. Ärgerlich ist nur, dass von politisch interessierter Seite diese Status Quo-Prognostik als quasi naturwissenschaftliches Resultat und als alternativloser Politikpfad behandelt wird. Sie wird eben nicht als das benannt was sie ist: Eine von interessierten Kreisen gewünschte zukünftige Gesellschaftsform, die eine Blaupause der heutigen darstellt.

Uns ist bewusst, dass der Perspektivenwechsel - ein anderer Blick auf die derzeitigen Probleme der Rentenversicherungssysteme - die Politisierung eines angeblich neutralen Sachverhalts beinhaltet. Die Rentenreformen in diesem Land – von der Riesterrente bis zur schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters – haben sehr wenig mit Demografie zu tun. Sie haben hingegen sehr viel mit Sozial- und Wirtschaftspolitik auf dem Hintergrund globaler Standortkonkurrenz zu tun! Sie haben damit zu tun, dass dort ein demografisches Altersrentenproblem herbeigeredet wird, wo eine andere und neue Politik gefordert wäre. Gezeigt werden soll, dass eine neue Politik, die allen Rentnern auch in Zukunft ein ausreichendes Einkommen sichert nur ein Minimum sozialökonomischer Reformen erfordert und weiterhin auf bestehenden dem umlagefinanzierten Rentenversicherungssystem basieren kann. Das gilt es in den nun folgenden Abschnitten zu zeigen!

## 2.1. Erster Perspektivenwechsel: Wer unterhält wen?

Die oben behandelten Prognosen des Statistischen Bundesamtes stellen zwei Gruppen gegeneinander, um das zukünftige Dilemma der umlagefinanzierten Rentenversicherungssysteme zu verdeutlichen: Erwerbsfähige (alle Menschen zwischen 20 und 65 Jahren) und Nicht-Erwerbsfähige (Menschen unter 20 und über 65 Jahren). Wir halten diese Gegenüberstellung von Erwerbsfähigen und Nicht-Erwerbsfähigen für ungenau und möchten zugleich hervorheben, dass es kein purer Zufall ist, dass diese beiden Gruppen miteinander verglichen werden. **Die Gegenüberstellung der Erwerbsfähigen und der Nicht-Erwerbsfähigen soll dazu beitragen das Rentenversicherungsdilemma genau dort entspringen zu lassen, wo die Bundesregierungen und die Vertreter der These von der Überalterung der Gesellschaft es haben wollen: Nicht in der Politik, sondern in der Demografie.**

Was ist also falsch an der Gegenüberstellung von Erwerbsfähigen und Nicht-Erwerbsfähigen? Erwerbsfähige sind keine Erwerbstätige, sie sind nur mögliche Erwerbstätige. Diese beiden Begriffe, so ähnlich sie klingen mögen, haben eine unterschiedliche Bedeutung. Eine Statistik, die mit dem Begriff des Erwerbsfähigen arbeitet, verliert an Erkenntnissen, weil sie es unterlässt anzugeben, wie viele Menschen tatsächlich arbeiten und in die Rentenversicherungssysteme einzahlen müssen, um eine zu diesem Zeitpunkt lebende Zahl von Rentenempfängern und Jugendlichen zu unterhalten. Die zentrale Aussage des Statistischen Bundesamtes (BA), die (häufig zitiert) den verschiedensten politischen Zwecken dient, heißt: Während im Jahr 2008 die Gesamtbevölkerung (100%) von 61% im Erwerbsalter befindlichen Menschen (den Erwerbsfähigen) ernährt wird, werden es im Jahre 2060 nur noch 50% sein, die diese Aufgabe zu meistern haben.<sup>7</sup> Aber stimmt diese Aussage? Sind es wirklich die **Erwerbsfähigen**, die die Nicht-Erwerbsfähigen ernähren/unterhalten?

Ist es nicht eher der kleinere Kreis der **Erwerbstätigen**, der den Rest der Gesellschaft ernährt/unterhält? Und: Um wieviel abhängiger ist der Kreis der **Erwerbstätigen** von der aktuellen Beschäftigungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik als von den demografischen Prozessen in der Gesellschaft? Schauen wir also genauer nach, was in den Prognosen behauptet wird:

Was wird in den kommenden 50 Jahren passieren?

a) Laut BA setzt sich ein Trend fort, der bereits im 20. Jh. begonnen hat. *„Seit 1972 liegt in Deutschland die Zahl der Gestorbenen höher als die Zahl der Geborenen. Mit Ausnahme einzelner Jahre wurde dieses Geburtendefizit jedoch durch einen positiven Wanderungssaldo übertroffen. Dadurch kam es zu einem Bevölkerungswachstum..... Bereits seit 2003 nimmt die Bevölkerungszahl in Deutschland ab, weil die seit einigen Jahren sinkenden Wanderungssalden das Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen können.“*<sup>8</sup> Die BRD schottet sich seit der Änderung des Paragraphen 16 (Asylrecht) im Grundgesetz zunehmend erfolgreich gegen unerwünschte Armutsmigration ab<sup>9</sup> – ohne allerdings die erwünschte Reichtumsmigration dafür zu erhalten! Der Wanderungssaldo hat also seinen Preis. So konstatiert das Statistische Bundesamt: *„Der Saldo hängt auf der einen Seite vom Migrationspotenzial in Folge politischer, wirtschaftlicher, demografischer oder auch ökologischer Entwicklungen in den Herkunftsländern ab. Auf der anderen Seite wird er von der Migrationspolitik in Deutschland sowie der wirtschaftlichen und sozialen Attraktivität*

<sup>7</sup> s. Anhang Tab. 3

<sup>8</sup> Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, S.13f

<sup>9</sup> *„Anfang bis Mitte der 1990er Jahre war er (gemeint ist der Wanderungssaldo) außergewöhnlich hoch mit einem Spitzenwert von rund 780 000 Personen im Jahr 1992. Seitdem geht der Außenwanderungssaldo mit Ausnahme einzelner Jahre zurück, im Jahr 2005 lag er bei 79 000.“* (Statist. Bundesamt: Demografischer Wandel in Deutschland, S. 17) Er ist also auf 1/10 seiner ursprünglichen Größe geschrumpft. Für die kommenden Dekaden geht das Statistische Bundesamt davon aus, dass der jährliche Saldo ca. 100 000 Zuwanderungen betragen wird (ebd. 18). Die BRD schottet sich explizit gegen Armutsmigration ab. Sie ist nicht fremdenfeindlich, denn ob schwarz oder gelb, mit oder ohne Burka: Der Migrant, der Geldkapital mitbringt, ist explizit am Standort Deutschland willkommen. Hat er nur ein Hemd und seine Arbeitskraft, dann fliegt er schnell wieder raus.

*Deutschlands als Zielland beeinflusst.*<sup>10</sup> Für die kommenden Jahrzehnte geht das Bundesamt davon aus, dass der jährliche Saldo ca. 100 000 Zuwanderungen betragen wird. Dieser Wanderungssaldo liegt am unteren Ende der prognostizierten Salden. Er wird keine gravierenden Veränderungen in der zukünftigen demographischen Bilanz bewirken, sondern verschiebt sie nur etwas.

Aber: Unabhängig davon, wie der Wanderungssaldo ausfallen wird: Die Bevölkerung im Erwerbsalter von 20-65 Jahren wird von 2008 bis 2060 sinken.<sup>11</sup> Beträgt der jährliche Wanderungssaldo statt +100 000 dagegen +200 000 Zuwanderer, dann hätte das zur Folge, dass die erwerbsfähige Bevölkerung von 20-65 Jahren bis 2060 nur um 14 Mill. statt um 17 Mill. abnähme.

b) Von 2008 bis 2060 wird die Gesamtbevölkerung von 82,002 Mill. auf 64,65 Mill. (bei einem Wanderungssaldo von +100 000/Jahr) bzw. 70,00 Mill. (bei einem Wanderungssaldo von +200 000/Jahr) schrumpfen. 2008 beträgt die erwerbsfähige Bevölkerung 50 Mill., d.h. 61% der Gesamtbevölkerung. 2060 wird die erwerbsfähige Bevölkerung dann 33 Mill. (bei Zuwanderung von +100 000) bzw. 36 Mill. (bei Zuwanderung von +200 000) betragen, d.h. 51% oder 56% der Gesamtbevölkerung (Untergrenze und Obergrenze).<sup>12</sup>

**Das bedeutet, dass in den folgenden 50 Jahren der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 61% – je nachdem die Zuwanderung 100 000 pro Jahr oder 200 000 pro Jahr betragen wird – um 10% oder um 5% absinken wird.**

Jetzt können wir eine Antwort auf unsere zweite Frage suchen, die ein Stück weit konkreter ausfallen wird als die Prognose des Bundesamtes über den Anteil möglicher Erwerbstätiger (die obengenannten <Erwerbsfähigen>) an der Gesamtbevölkerung im Jahre 2060. Es soll eine Antwort auf die Frage sein, wieviele Erwerbstätige (also wirklich in die Rentenkassen einzahlende Bürger) sich **heute** hinter dem Begriff der Erwerbsfähigen verbergen und **heute** nötig sind, um **heute** die real existierende Zahl von Rentnern und Jugendlichen zu unterhalten!?

Zudem soll eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie hoch die Erwerbstätigkeit von 2060 ausfallen muss, um eine steigende Zahl von Nicht-Erwerbstätigen (darunter vor allem Rentnern) zu unterhalten.

Nähern wir uns dieser Frage auf dem Umweg über eine zweite Frage: Wie viele Erwerbslose verbergen sich denn hinter dem Begriff der Erwerbsfähigen?

Aus dem Monatsbericht 8/2009 der Bundesanstalt für Arbeit: „*Integrierte Auswertungen zu Leistungsbezug und Arbeitslosigkeit können erst nach einer Wartezeit von drei Monaten vorgenommen werden und liegen aktuell für den August 2009 vor. Danach waren von 5.965.000 Leistungsempfängern 3.052.000 oder 51 Prozent in der Arbeitslosenversicherung oder der Grundsicherung für Arbeitsuchende arbeitslos gemeldet. 2.912.000 Personen oder 49 Prozent bekamen Leistungen, ohne arbeitslos zu sein. Die Gründe dafür können sein: Vorübergehende Arbeitsunfähigkeit, die Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsförderung, die Inanspruchnahme der vorruhestandsähnlichen Regelung des § 428 SGB III ggf. in Verbindung mit dem § 65 SGB II, die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden oder eine zulässige Einschränkung der Verfügbarkeit insbesondere wegen § 10 SGB II (z. B. Kindererziehung und Schulbesuch). Unter den Leistungsempfängern waren 125.000 Personen, die ergänzend zum Arbeitslosengeld auch Arbeitslosengeld II erhielten (so genannte Aufstocker). Außer den Leistungsempfängern gab es im August noch 419.000 Arbeitslose, die im Berichtsmonat keine Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder der Grundsicherung bezogen. Von allen Arbeitslosen erhielten 88 Prozent Leistungen.*“<sup>13</sup>

Der Bericht spricht für sich: Fast 6 Mill. Menschen, das sind 12% der Erwerbsfähigen, müssen als sogenannte Leistungsempfänger im August 2009 von den Erwerbstätigen unter den Erwerbsfähigen

10 Statistisches Bundesamt : Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, S.44

11 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. S. 17, 18

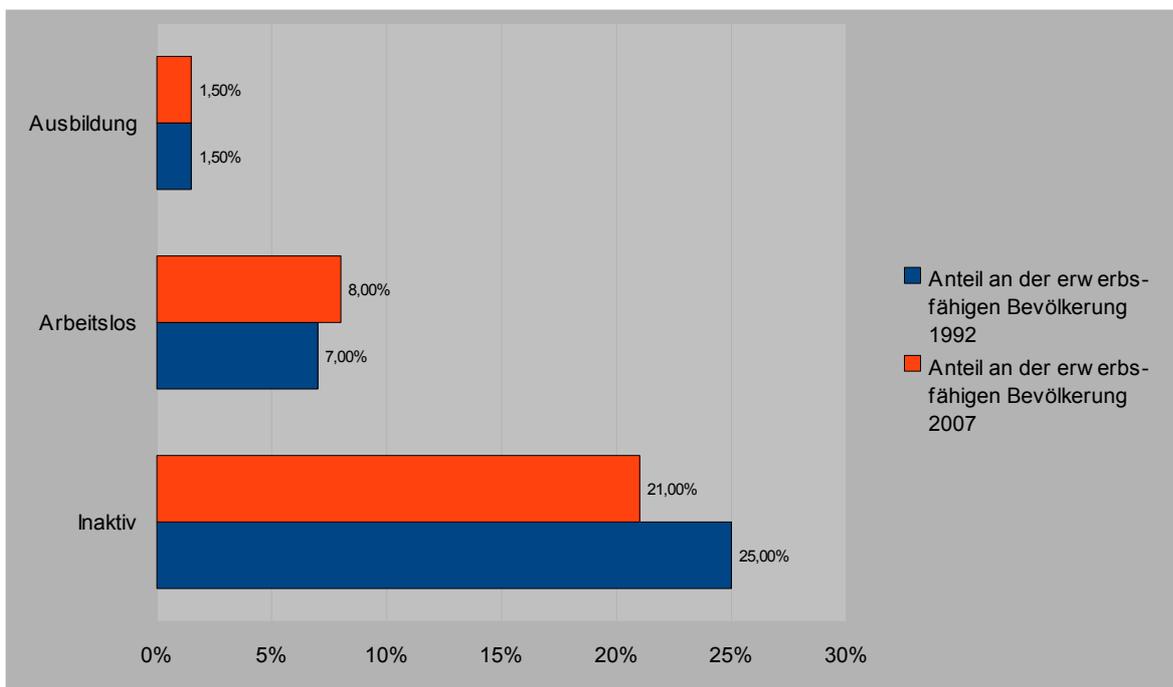
12 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. S.39

13 Monatsbericht 8/2009 der Bundesanstalt für Arbeit, S.36

ganz (so z.B. die Arbeitslosen) oder auch nur zum Teil (die sogen. Aufstocker) unterhalten werden. Unberücksichtigt sind Gruppen wie die Hausfrauen, Schwerbehinderte, Frührentner, Menschen, die von ihrem Vermögen leben u.a. Gruppen, die zwar erwerbsfähig sind, aber nicht erwerbstätig. Das zeigt: Der Begriff der **Erwerbsfähigen** ist so nebulös, dass seine Verwendung ihn für jede Art politischer Manipulation geeignet macht! Die nun folgenden zwei Diagramme lösen diesen nebulösen Begriff insofern auf, als er uns dazu befähigt, unter den Erwerbsfähigen die Gruppen, die als Erwerbstätige einen Teil ihres Bruttoeinkommens in die Rentenkassen einzahlen, von den Gruppen zu unterscheiden, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (und denen dies möglicherweise verwehrt wird). Unter den Erwerbsfähigen muss also unterschieden werden zwischen den erwerbstätigen Personen und den nicht erwerbstätigen Personen.

**Differenzierung der erwerbsfähigen Bevölkerung 1992 und 2007 (alle Erwerbsfähigen = 100%).**

**Abb. 2.1. : Nicht Erwerbstätige**



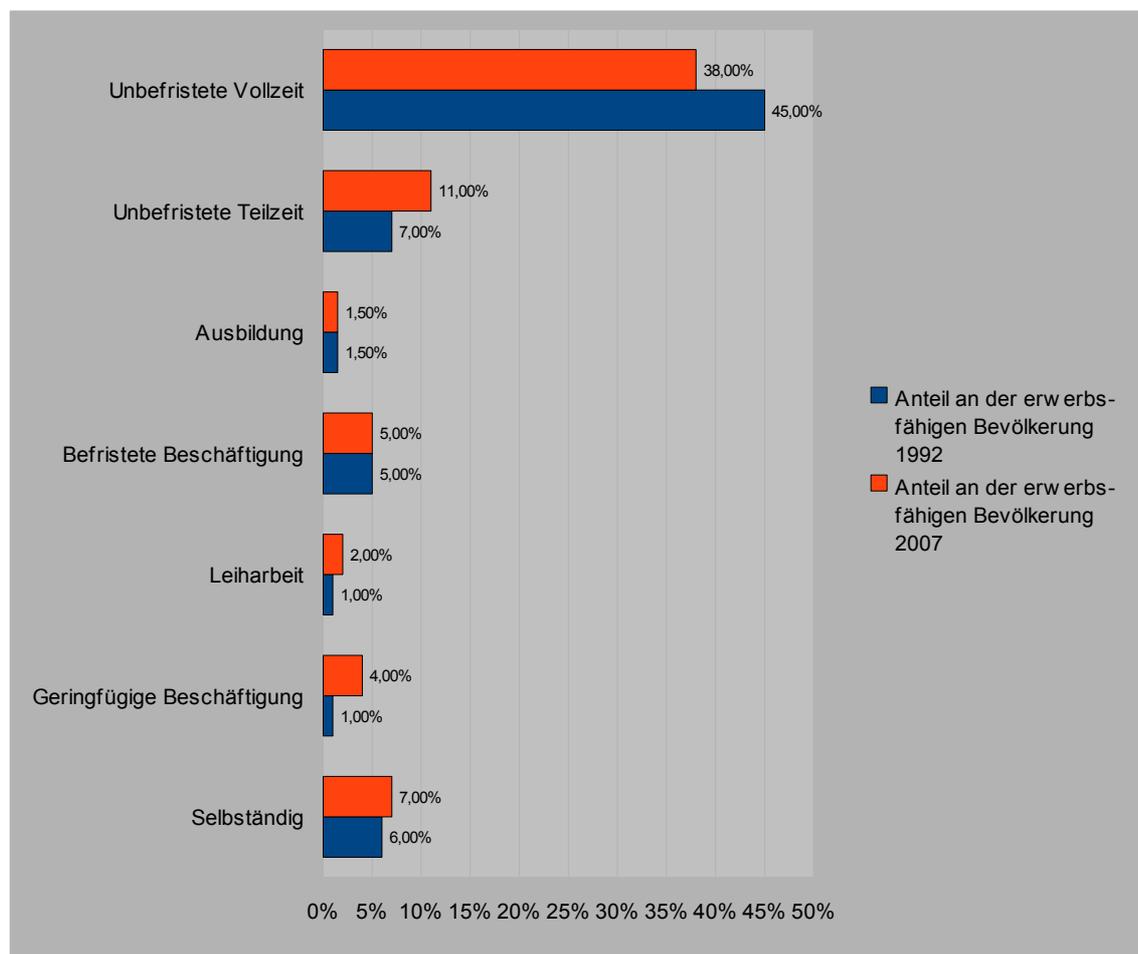
**Tab.2.1. Nicht Erwerbstätige**

<i>Nicht erwerbstätige Erwerbsfähige</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 1992</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 2007</i>
Inaktiv	25%	21%
Arbeitslos	7%	8%
Ausbildung	1,50%	1,50%

(IZA-Research Report „Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009; s.a. Anhang Tab. 2.1.1.)

## Differenzierung der erwerbsfähigen Bevölkerung 1992 und 2007: Erwerbstätige (alle Erwerbsfähigen = 100%).

Abb. 2.2.: Erwerbstätige



Tab. 2.2.: Erwerbstätige

<i>Erwerbstätige Erwerbsfähige</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 1992</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 2007</i>
Selbständig	6%	7%
Geringfügige Beschäftigung	1%	4%
Leiharbeit	1%	2%
Befristete Beschäftigung	5%	5%
Ausbildung	1,50%	1,50%
Unbefristete Teilzeit	7%	11%
Unbefristete Vollzeit	45%	38%

(IZA-Research Report „Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009; s.a. Anhang Tab. 2.1.1.)

Die Abbildung 2.2. (s.a. Tab. 2.1.1. im Anhang) zeigt, dass es die erwerbstätigen Erwerbsfähigen (die tatsächlich erwerbstätigen unter den erwerbsfähigen Personen), also die **Erwerbstätigen** sind, die die Gesellschaft unterhalten. Die Gesellschaft teilt sich in zwei Teile: Einen nicht erwerbstätigen Teil und einen erwerbstätigen, **Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige!** Das ist ohne Ausnahme in jeder gegenwärtigen Gesellschaft der Fall! Wie das Verhältnis beider ausfällt, hängt in erster Linie von der Politik und erst in zweiter Linie von der Demografie ab!

Indem wir die Kategorie der Erwerbstätigen statt der Erwerbsfähigen ins Zentrum unserer Beobachtung geschoben haben, konnte das Bild der aktuellen Situation – unter der Fragestellung „*Wer unterhält wen?*“ - präzisiert werden:

1. 2007 hatte die Bundesrepublik 82 Mill. Einwohner. Davon waren 46 Millionen Personen (56% der Einwohner der BRD) nicht erwerbstätig und 34 Mill. Personen (43% der Einwohner der BRD) waren erwerbstätig. Anders gesagt: 43% der Einwohner haben durch ihre Erwerbstätigkeit 56% der Einwohner, die nicht erwerbstätig waren, unterhalten.<sup>14</sup>
2. Der Rückgang der inaktiven Erwerbsfähigen zwischen 1992 und 2007 ist vor allem der zunehmenden Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zu verdanken – allerdings: „*Viele der so geschaffenen Stellen sind im Dienstleistungssektor angesiedelt - und dort ein großer Teil im Bereich gering entlohnter Jobs*“.<sup>15</sup> Zugleich fand ein rapider Schwund unbefristeter Vollzeitstellen, eine ebenso rapide Zunahme der Teilzeitstellen und eine Vervierfachung der geringfügig Beschäftigten statt.<sup>16</sup>
3. Die traditionelle Erwerbstätigkeit in Form der sozialversicherungspflichtigen unbefristeten Vollzeitbeschäftigung erodiert. Sogenannte atypische Beschäftigungsformen sind auf dem Vormarsch: Minijobs, Midijobs, Ein-Personen-Selbständige, Ich-AGs und Teilzeitbeschäftigte in Festanstellung.<sup>17</sup>

Diese Entwicklung, die sich im Zeitraum von 1992-2007 deutlich an der Zusammensetzung der Erwerbstätigen zeigt, wird sich möglicherweise in den Folgejahren fortsetzen, sofern dem nicht durch eine andere Politik ein Riegel vorgeschoben wird. Ein Teil dieser Entwicklungsschritte mündet z.Zt. in dem, was wir „Prekarisierung“ der Arbeit nennen – ein Trend, der die Austrocknung der bestehenden Sozialversicherungssysteme bedingt.<sup>18</sup> Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit betrug 2009 bei Vollzeitbeschäftigten 1626,20 Stunden, bei Teilzeitbeschäftigten 628,7 Stunden.<sup>19</sup> Die Zunahme der Teilzeitarbeit (wie auch immer verfasst als 400-Euro-Job oder als unbefristeter Halbtagsjob) ist eine nicht unwesentliche Ursachen für die fortwährend schmaler werdenden Beitragsströme in die Sozialversicherungen. Zweifelsohne sind zahlreiche Beschäftigte unzufrieden mit ihrer Situation als Teilzeitbeschäftigte. Teilzeitarbeit gilt als Karrierebremse und findet seine weiteste Verbreitung in typischen Niedriglohnbereichen. Umgekehrt suchen aber auch viele Erwerbsfähige (z.B. alleinerziehende Mütter, Menschen, die Angehörige pflegen, Behinderte etc.) händeringend eine Teilzeitarbeit. Das Problem besteht darin, daß diese Beschäftigungsformen oftmals durch die bestehende Lage auf dem Arbeitsmarkt erzwungen sind.

Aber wie auch immer die gruppenspezifische Anpassung an die Strukturen des Arbeitsmarktes aussehen mag: Ein Teil dieser Entwicklungsschritte mündet in dem, was wir „Prekarisierung“ der Arbeit nennen.<sup>20</sup> Dieser Trend ist kein Naturgesetz, kein Resultat demografischer Prozesse – dieser Trend ist das Resultat einer Politik, die besonders in den vergangenen 20 Jahren, bewusst mit Hilfe von Gesetzen und Verordnungen, den traditionellen Arbeitsmarkt aufgemischt hat. Was die Ursachen dafür sind werden wir weiter unten erörtern.

14 s. Anhang Tab. 3.1.

15 IZA Research Report „Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009“, S.8,9

16 Bundesanstalt für Arbeit. Monatsbericht 8/2009, S. 8,9

17 Urban et al. (2010): Der neue Generationenvertrag, HH, S.63, Abb.1

18 Urban et al. (2010): Der neue Generationenvertrag, HH, S.63, Abb.1; Auf den genannten Trend kommen wir weiter unten zurück.

19 Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten 1970 – 2009, in: [www.sozialpolitik.aktuell.de](http://www.sozialpolitik.aktuell.de)

20 Urban et al. (2010): Der neue Generationenvertrag, HH, S.63, Abb.1

## 2.2. Zweiter Perspektivenwechsel: Politik statt Demografie - oder warum die Zukunft variabel ist!

Wenden wir uns jetzt dem Jahr 2060 zu. Laut Prognose der BA wird die Bevölkerungszahl der BRD von über 80 Millionen im Jahre 2007 bis 2060 auf knapp 64,65 Mill. oder 70 Mill. zurückgehen, je nachdem wie viele Menschen zuwandern werden. 2060 wird die Zahl der Erwerbsfähigen dann 33 Mill. (Zuwanderung 100 000/Jahr) bzw. 36 Mill. (Zuwanderung 200 000/Jahr) betragen. Im ersten Fall sind das 51% und im zweiten Fall 56% der Gesamtbevölkerung.<sup>21</sup>

Ausgehend von den Prognosen des BA können wir uns nun fragen, ob es nicht möglich ist dem vorhandenen Datenmaterial einen anderen Entwicklungspfad bis 2060 zu zugrunde zu legen - einen Entwicklungspfad auf dem nicht alle heutigen Bedingungen in den folgenden 50 Jahren gleich bleiben, sondern auf dem sich einige politische Prioritäten verändern werden. Wir können uns fragen was passieren wird, wenn sich in den folgenden Jahrzehnten die Politik ändert?

Nehmen wir an, dass Politik mehr sei als Menschenverwaltung oder Fortführung des bestehenden Zustands. Nehmen wir an, eine gesellschaftliche Diskussion der Frage „*Wie wollen wir im Jahr 2060 leben?*“ käme zu dem Ergebnis, dass eine Aufrechterhaltung des Renteneintrittsalters mit 65 ein erklärtes politisches Ziel sei und die Beiträge (prozentual vom Bruttoeinkommen) zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht steigen sollen! Unter den vielfältigen Mitteln, die zur Erreichung dieses Zieles zur Verfügung stehen, sollen hier nur einige wenige ausgewählt werden. Gehen wir also vor wie das Statistische Bundesamt, unterscheiden uns aber von ihm dadurch, dass nicht alles gleich bleiben wird, die prognostizierte Zukunft nicht eine einfache Verlängerung des gegenwärtigen Zustands darstellt, sondern dass sich bestimmte soziale und wirtschaftliche Parameter verändern werden.

Das sind die Minima einer neuen Politik!:

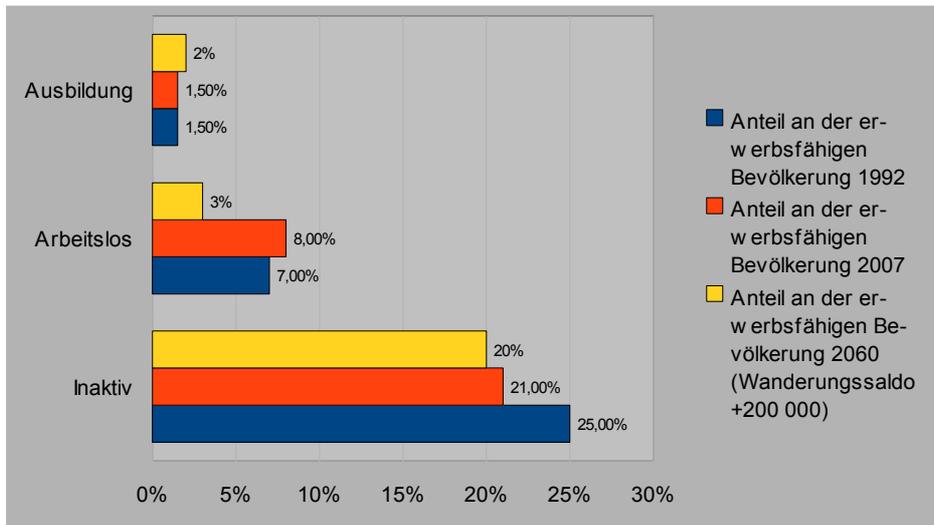
a) **Wenn der Anteil von Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung infolge geringerer Geburtenzahlen und steigender Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung sinkt, gilt es (als Ausgleich) den Anteil der Erwerbstätigen zu erhöhen.** Zu diesem Zweck soll die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit reduziert werden, die derzeitige Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und diverser erzwungener Teilzeitarbeitsverhältnisse (Minijobs, befristete Teilzeitstellen, Leiharbeit) gestoppt und umgekehrt werden, indem vor allem unbefristete Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit und (wenn dies gewünscht wird) in Teilzeit gefördert werden. Das würde es dann nötig machen, dass der derzeitige (2007) Anteil der nicht erwerbstätigen, aber erwerbsfähigen Personen von 30% auf 25% gesenkt wird (s.u. Abb.4). Eine unabdingbare Maßnahme (vor allem gegen das Überhandnehmen prekärer Arbeitsverhältnisse), um dies zu erreichen, ist die Einführung eines Mindestlohns, dessen Höhe so bemessen sein muss, dass er es jeder erwerbstätigen Person möglich macht, sich in einer normalen Vollzeitbeschäftigung eine spätere Rente zu erarbeiten, die ihm ein würdiges Leben im Alter ohne Armut erlaubt.

b) Um den langsamen Bevölkerungsschwund (abnehmende Geburtenrate) etwas zu dämpfen, sollte bei den jährlichen Wanderungssalden die Schwelle von 200 000 Zuwanderungen nicht unterschritten werden.

Die dieser politischen Präferenz zugrunde liegenden Daten zeigen wir unten in den Abbildungen und Tabellen 2.3. und 2.4. Wir präsentieren zugleich auch die entsprechenden statistischen Daten aus dem Jahr 1992, um dem Leser deutlich zu machen, dass unsere „demonstrative“ Prognosevariante des Jahres 2060 darauf abzielt, einige Trends der 15 Jahre von 1992 bis 2007 zu brechen bzw. umzukehren, andere hingegen auszubauen. Die Umkehr betrifft die Trends wachsender Arbeitslosigkeit, zunehmender Prekarisierung der Arbeit (Leiharbeit, Minijobs, befristete Einstellungen) und abnehmender Vollzeitstellen. Auszubauen wäre der Trend zunehmender weiblicher Erwerbstätigkeit.

<sup>21</sup> Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. S.39

**Differenzierung der erwerbsfähigen Bevölkerung 1992/2007/2060.**  
**Abb. 2.3: Nicht Erwerbstätige**



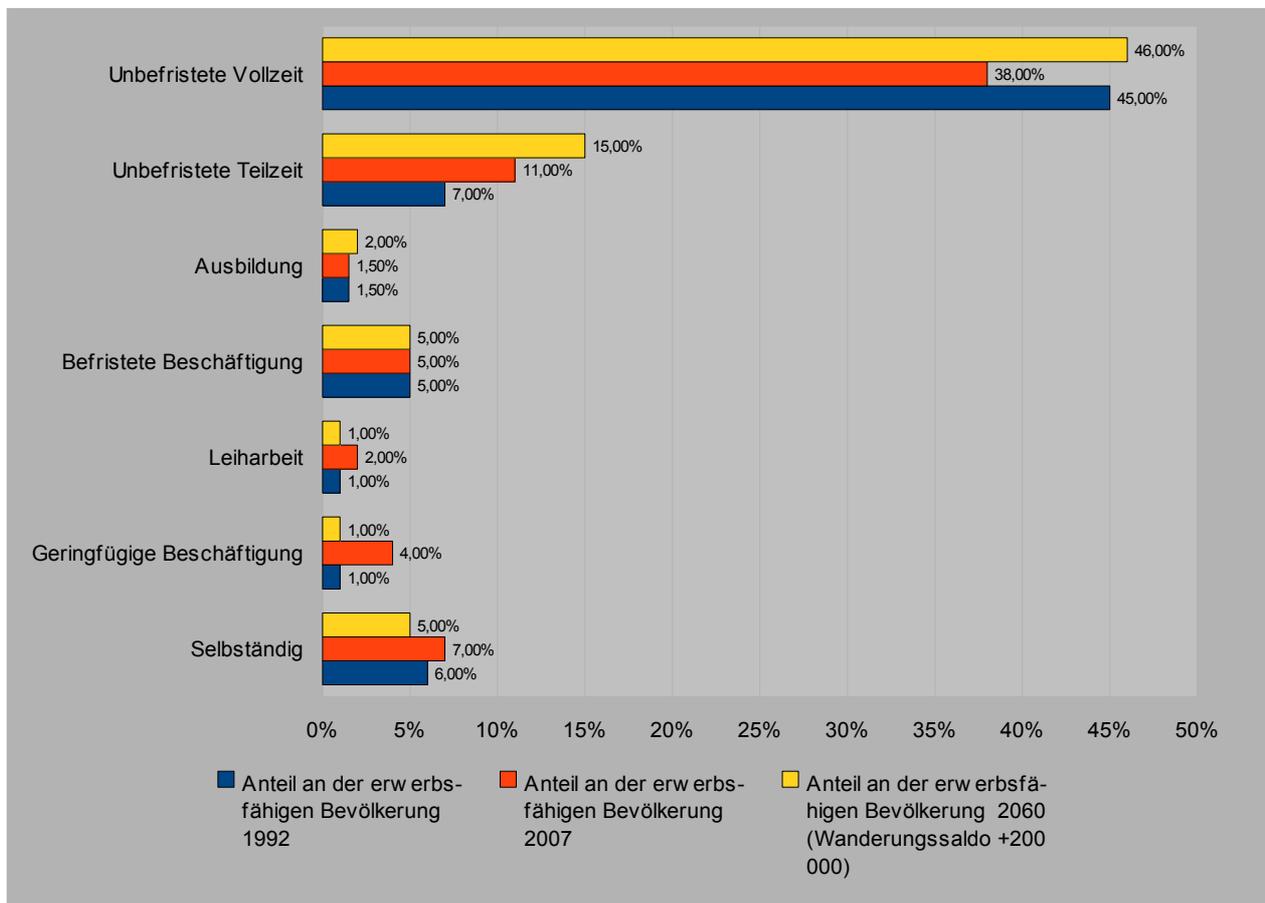
**Tab. 2. 3.: Nicht Erwerbstätige**

<i>Nicht erwerbstätige Erwerbsfähige</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 1992</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 2007</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 2060 (Wanderungssaldo +200 000)</i>
Inaktiv	25%	21%	20%
Arbeitslos	7%	8%	3%
Ausbildung	1,50%	1,50%	2%

(Dieser Tabelle liegen die Daten des IZA Research Report und eigene „demonstrative“ Prognosen zugrunde)

## Differenzierung der erwerbsfähigen Bevölkerung 1992/2007/2060

### Abb. 2.4.: Erwerbstätige



Tab.2.4.: Erwerbstätige

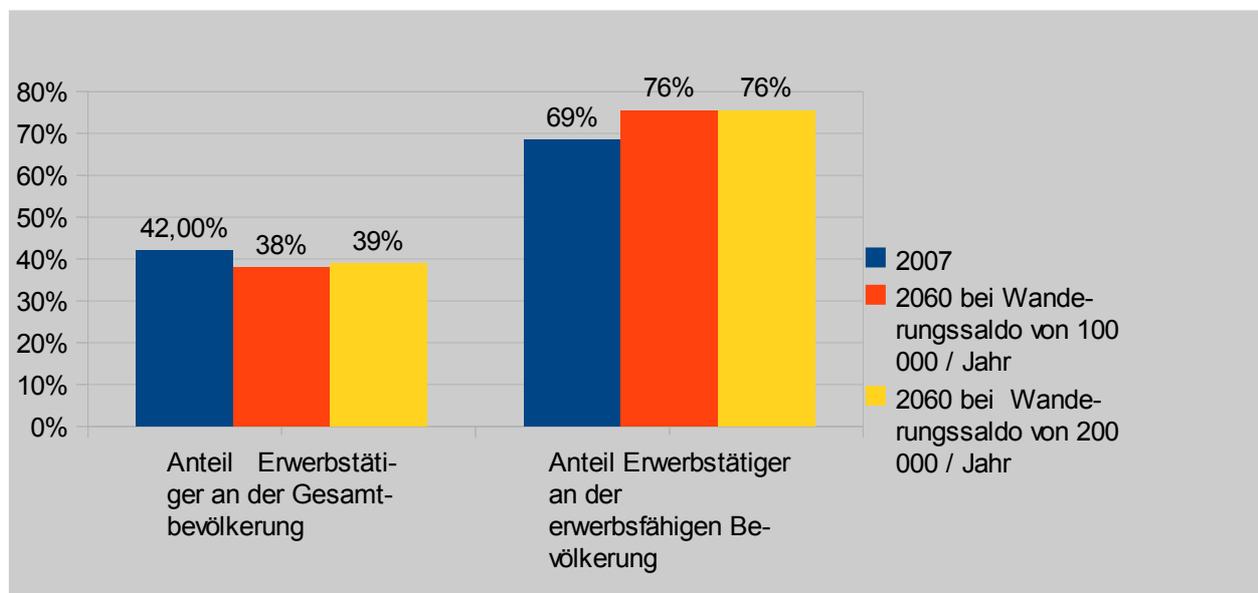
<i>Erwerbstätige Erwerbsfähige</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 1992</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 2007</i>	<i>Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 2060 (Wanderungssaldo +200 000)</i>
Selbständig	6%	7%	5%
Geringfügige Beschäftigung	1%	4%	1%
Leiharbeit	1%	2%	1%
Befristete Beschäftigung	5%	5%	5%
Ausbildung	1,50%	1,50%	2%
Unbefristete Teilzeit	7%	11%	15%
Unbefristete Vollzeit	45%	38%	46%

(Dieser Tabelle liegen die Daten des IZA Research Report und eigene „demonstrative“ Prognosen zugrunde)

Zugleich geben wir uns konservativ, denn wir werden voraussetzen, dass eine Reihe von Bedingungen gleich, d.h. unverändert bleiben wird: Beitragsbemessungsgrenzen, Koexistenz von öffentlichem und privatem Versicherungssystem, die Existenz von sogenannter Sockelarbeitslosigkeit und ein reduzierter, aber eben noch bestehender Bereich der Prekarität.

**Blieben alle anderen Faktoren (Beitragsbemessungsgrenzen, Koexistenz von öffentlichem und privatem Versicherungssystem) unverändert, dann hätte eine nur leichte Erhöhung des Anteils der Erwerbstätigen im Verein mit einem positiven Wanderungssaldo zur Folge, dass die quantitative und qualitative Zusammensetzung der Erwerbstätigen nur wenig anders aussehen würde als heute. Damit wären die Einnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung problemlos sanierbar und würden ausreichen, um zukünftig auch einer steigenden Anzahl von Rentnern ein ausreichendes Ruhestandseinkommen zu sichern. Die bereits angelaufene Erhöhung des Renteneintrittsalters im Verein mit der einhergehenden Rentenkürzung wäre vom Tisch.**

**Abb. 3: Wie viele Erwerbstätige sind nötig, um die BRD zu unterhalten: 2007 und 2060 / in der Gegenwart und in einer möglichen Zukunft**



**Tab. 3.:**

	<b>2007</b>	<b>2060 bei Wanderungssaldo von 100 000 / Jahr</b>	<b>2060 bei Wanderungssaldo von 200 000 / Jahr</b>
<b>Anteil Erwerbstätiger an der Gesamtbevölkerung</b>	42%	38%	39%
<b>Anteil Erwerbstätiger an der erwerbsfähigen Bevölkerung</b>	69%	76%	76%

Abbildung und Tabelle liegen die Daten des IZA Research Report und die Daten des Statistischen Bundesamtes (Bevölkerung Deutschlands bis 2060) zugrunde: s.a. Anhang Tab. 3.1.

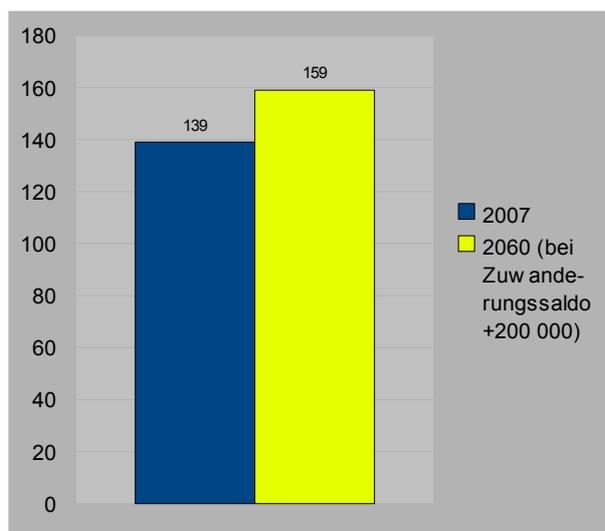
Dieses Resultat mag verblüffen, es ist aber ganz einfach zu erklären. Die bis 2060 prognostizierte Zunahme des Anteils der Rentner an der Gesamtbevölkerung wird einen erhöhten Anteil der von der Gesellschaft zu zahlenden Renten zur Folge haben. Dies wird etwas abgemildert durch den gleichzeitig abnehmenden Anteil Jugendlicher, die von der Gesellschaft - wie die Rentner – unterhalten werden müssen, ohne selbst zu ihrem Unterhalt beizutragen. Wenn zugleich der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung ansteigt, also ein größerer Anteil von erwerbsfähigen Menschen als zuvor ins Erwerbsleben integriert sind (geringere Arbeitslosigkeit, mehr Vollzeitstellen, höherer Anteil erwerbstätiger Frauen<sup>22</sup>), dann wird diese Zunahme der Erwerbstätigen auch dazu imstande sein die wachsende Zahl Nicht- Erwerbstätiger (darunter auch Rentner und Jugendliche) zu unterhalten (s.a. Anhang, Tab. 3 + 4).

Und selbst bei mangelnder Zuwanderung wird die Abnahme der Erwerbstätigen, die die restliche Gesellschaft unterhalten, nicht sehr gravierend sein.<sup>23</sup>

Genauer heißt das:

**2007 hatten 100 Erwerbstätige für sich und für den Unterhalt von 139 nicht erwerbstätigen Menschen zu sorgen. Bei der oben genannten (im Vergleich zur derzeitigen Politik hypothetisch) veränderten politischen Prioritätensetzung werden im Jahre 2060 100 Erwerbstätige für sich und 159 nicht erwerbstätige Menschen zu sorgen haben. Das sind auf 100 Erwerbstätige also 20 Menschen mehr als 2007 !**

**Abb. 4: Wie viele Personen müssen von 100 Erwerbstätigen unterhalten werden?**



**Tab. 4.**

	2007	2060 (bei Zuwanderungssaldo +200 000)
<b>100 Erwerbstätige unterhalten sich und so viele nicht erwerbstätige Personen</b>	139	159

(Daten errechnet aus Tab. 3.1. im Anhang)

22 Das Rostocker Max-Planck-Institut für demografische Forschung weist darauf hin, dass 2007 in den neuen Bundesländern 50% aller Frauen mit Kindern im Alter von 25-48 Jahren in Vollzeit erwerbstätig waren, in den alten hingegen nur 18%. (E. Geisler: Unterschiede in der Müttererwerbstätigkeit bleiben bestehen; in: Max-Planck-Institut für demografische Forschung ; Demographische Forschung aus erster Hand , Jg. 7, Nr.4)

23 Schauen wir dazu auf die **Tabelle 3.1.** im Anhang. Sie zeigt diesen Zusammenhang in Zahlen!

Kurz und gut: Eine andere Sozial- und Wirtschaftspolitik, das Bemühen, viele heute nicht erwerbstätige Menschen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu ermutigen und vor allem die Bedingungen ihrer Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern, könnte gleichzeitig die Bedingungen schaffen, dass Menschen, die heute zwangsweise aus der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen sind, wieder ins Berufsleben finden. Das würde eine sozial- und wirtschaftspolitische Kursänderung erfordern, würde aber die Erhöhung des Renteneintrittsalters unnötig machen.

Zum Schluss dieses Kapitels sei noch einmal vermerkt, dass unsere Berechnungen sehr konservativ ausgefallen sind. Bis auf kleine politische Korrekturen haben wir unterstellt, dass die Grundstrukturen des Arbeitsmarktes, die Teilung in Normalarbeitsverhältnisse und prekäre Arbeitsverhältnisse (Zeitarbeit, Minijobs etc.) nach wie vor in Kraft sind, so wie es auch eine Sockelarbeitslosigkeit gibt. Wir haben gar nicht von der aktuell irrationalen Erscheinung gesprochen, dass in der BRD große Teile des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von gänzlich unterbeschäftigten Arbeitskräften erstellt werden, die zwangsweise in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung ihr Leben fristen, auf staatliche Subventionen angewiesen sind und kaum die Hoffnung hegen können jemals an einen vernünftig bezahlten Vollzeitjob zu gelangen<sup>24</sup>, während die Regierungen und die Mehrheit der sie tragenden Parteien nichts Besseres zu tun haben als das Rentenalter zu erhöhen, obwohl nur ein einstelliger Prozentsatz der Menschen über 63 noch im Erwerbsleben steht.

Das „Grünbuch – Angemessene, nachhaltige und sichere Pensions- und Rentensysteme“ der EU-Kommission, gefertigt 2010 nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, ist – übrigens im Gegensatz zu den Bundesregierungen - durchaus in der Lage, die geringe Beschäftigungsquote, die Arbeitsmarktreflexionen auf dem Rücken der sozial Schwachen und die hohen Risiken einer kapitalgestützten Rentenversicherung auf dem Hintergrund der gerade noch laufenden Finanz- und Wirtschaftskrise als Problem zu benennen. Es verweist auf die aktuelle „*Mitteilung der EU-Kommission: Europa 2020. Eine Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*“ vom 3.3.2010, wo auf der Seite 5 als Kernziel eine Empfehlung an die zukünftige EU-Politik getroffen wird, die da lautet:

**„75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollten in Arbeit stehen“.**

**Das ist auch genau die Zahl, die wir hypothetisch für 2060 angenommen haben und die jede Diskussion um die Frage „Wer finanziert 2060 die Rentner“ überflüssig macht!**

### 3. Was tun? Gegenbewegungen und ihre Vorschläge

Der Widerstand gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters hat eine gewisse Breite erlangt. Es sind vor allem Gewerkschaften und verschiedene Sozialorganisationen, also die, die unmittelbar mit dem Alltag des Arbeitslebens in den schlecht bezahlten Jobs und seinen Wirkungen zu tun haben. Selbst bei den GRÜNEN und der SPD gibt es bis in die oberen Ränge hinein ein unwohles Gefühl beim Gedanken an die eigene Rentenpolitik der Jahre 1998-2005.

Es gibt viele gute Argumente gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Diese guten Gründe dürfen aber nicht den Blick darauf versperren, dass es sehr privilegierte Kreise in der

<sup>24</sup> Ein Blick auf die rohen Zahlen zur Arbeitszeit scheint für eine Entlastung in den vergangenen Jahren zu sprechen. Denn zwischen 1991 und 2009 ist die durchschnittliche Jahresarbeitszeit aller Erwerbstätigen - einschließlich der Selbstständigen - einer Studie des Statistischen Bundesamts zufolge um knapp acht Prozent auf 1390 Stunden gesunken. Doch bei näherer Betrachtung offenbaren die Daten ein anderes Phänomen: "Man kann von einer Spaltung des Arbeitsmarktes sprechen", sagt Alexander Herzog-Stein, Leiter des Referats Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitforschung am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Denn die Abnahme der Stundenzahl beruht allein auf einem starken Anstieg der Teilzeitarbeit, während die Vollzeitbeschäftigten immer länger arbeiten: In dieser Gruppe erhöhte sich die Jahresarbeitszeit von 2000 bis 2008 von 1664 auf 1676 Stunden. Dabei sind Extreme offenbar gar nicht so selten. Knapp zehn Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland, immerhin 3,8 Millionen Menschen, gaben der Studie zufolge an, normalerweise mehr als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten. 1,7 Millionen Erwerbstätige arbeiten sogar 60 Stunden pro Woche und mehr...Auf der anderen Seite nimmt die Zahl der Teilzeitjobs in Deutschland rapide zu. 2008 waren einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge nur noch 60,1 Prozent der Beschäftigten im Alter zwischen 25 und 64 Jahren in einer unbefristeten Anstellung in Vollzeit tätig, sieben Jahre zuvor waren es noch 64,7 Prozent. („48-Stunden-Woche ist in Deutschland keine Ausnahme“; in: Berliner Morgenpost 29.9.2010)

Gesellschaft gibt, die ein direktes materielles Interesse daran haben, sich ihren Wohlstand auch weiterhin durch eine längere Lebenszeit der arbeitenden Bevölkerung finanzieren zu lassen. Und diese Kreise lassen auch gern Expertisen erstellen, „Spezialisten“ zu Wort kommen und Medien vermelden, dass „wenn wir älter werden wollen auch bereit sein müssen länger zu arbeiten“! Das behaupten die, die auf Grund ihres hohen Einkommens sowieso ein höheres Lebensalter erreichen.<sup>25</sup> Aber schauen wir uns einige Argumente gegen die Rente mit 67 und einige Entwicklungen der letzten Jahrzehnte genauer an, die zu der derzeitigen Krise der Gesetzlichen Rentenversicherung geführt haben.

### 3. 1. Die Erzählung vom immerwährenden „Fortschritt“

*„Rente mit 67 und ausgebremste Rentenanpassungen sind notwendig wegen der Altersentwicklung der Gesellschaft, der Demografie. Sagt die Regierung, sagen Experten in Wirtschaft und Sozialpolitik. Heute kommen noch knapp vier Erwerbsfähige auf einen über 65-Jährigen. In 30 Jahren werden es nur noch zwei sein.....Zunächst: demografische Verschiebungen sind überhaupt nichts Neues. Vor 100 Jahren kamen auf einen über 65-Jährigen noch zwölf Erwerbsfähige. 1950 betrug das Verhältnis von Jung zu Alt noch sieben zu eins. Wir haben also bereits einen dramatischen demografischen Wandel hinter uns .... Das Geheimnis: Steigerungen der Produktivität. Sie haben den Effekt der demografischen Entwicklung mehr als ausgeglichen.“*  
(Michael Schlecht<sup>26</sup>, Der Reichtum reicht auch für Rentner, Frankfurter Rundschau 27. 1. 2007)

Dieser Einschätzung können wir nur zum Teil folgen. Zweifellos entbehrt der Verweis, dass die zunehmende Alterung der Gesellschaft ein bereits betagter Prozess ist, nicht der Plausibilität.<sup>27</sup> Allerdings ist die begeisterte Prognose über zukünftiger Fortschritte der Arbeitsproduktivität<sup>28</sup> angesichts abnehmender Wachstumsraten, knapper werdender Energieressourcen und bedrohlicher klimatischer Veränderungen nicht mehr widerspruchlos hinnehmbar. Jede schlichte Hochrechnung vergangener Fortschritte der Arbeitsproduktivität in die Zukunft hinein verbietet sich, weil sie im Grunde die Fehler aus den statistischen Amtsstuben wiederholt: Sie verlängert die Gegenwart einfach in die Zukunft oder pflückt sich die für sie brauchbaren Rosinen aus dem Datentopf und verwendet sie zur Legitimation des eigenen, vielleicht auch durchaus honorigen, Anliegens.

Dies soll an vier Widersprüchen verdeutlicht werden:

1. Werfen wir nur einen Blick auf die Produktivitätsfortschritte der vergangenen 30 Jahre. Sie fanden statt zum Preis immer höheren Energieverbrauchs, z.T. zum Preis verheerender Umweltschäden. Die dabei entstandenen Kosten werden zu einem beträchtlichen Teil der Zukunft aufgelastet und gehen nicht in die aktuellen monetären Kostenkalkulationen ein. Es geht nicht darum, die arbeitssparenden Effekte neuer Technologien (z.B. die Bedeutung des CAD für den Maschinenbau) zu leugnen. **Aber es gilt darauf hinzuweisen, dass ein Fortschritt kapitalistischer Arbeitsproduktivität heute fast nur noch durch immer größere Kapitalintensität<sup>29</sup> möglich ist, d.h. vor allem durch verstärkten Einsatz von Energie.** Der Einsatz von zusätzlicher Energie für eine Einheit zusätzlichen Wachstums der Wirtschaft mag in den hochindustrialisierten Staaten kleiner werden, aber die Hypothese von der Entkopplung von Wachstum und Energieverbrauch (sie wird von Teilen des DGB

<sup>25</sup> Die statistische Korrelation von Lebenserwartung und Einkommenshöhe s. S. 26. Ebenso s.a. Lauterbach et al. (2006): Zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung. Forschungsberichte des Instituts für Gesundheitsökonomie und klinische Epidemiologie der Univ. zu Köln 01/2006

<sup>26</sup> Michael Schlecht war Volkswirt bei verdi

<sup>27</sup> Marschalck, Peter (1984): Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Ffm., S. 102 f

<sup>28</sup> Die Arbeitsproduktivität definiert sich durch das Bruttoinlandsprodukt pro Arbeitsstunde (in monetären Einheiten)

<sup>29</sup> Kapitalintensität definiert sich als Kapitaleinsatz pro Arbeitskraftstunde.

ebenso formuliert wie sie tragender Pfeiler im Konzept „Green New Deal“ der Partei DIE GRÜNEN geworden ist)<sup>30</sup> harrt noch ihres Beweises. Das heißt: Solange der Übergang zu den erneuerbaren Energien noch nicht den wirtschaftlichen Alltag bestimmt und sie unter Beweis stellen, dass sie dasselbe Tempo des Zuwachses an Arbeitsproduktivität zu leisten imstande sind wie ihre fossilen Vorgänger, ist es schlichte Wahrsagerei, die Zukunft der Sozialversicherungssysteme auf zukünftigen sagenhaften Zuwächsen der Arbeitsproduktivität aufzubauen.

2. Tradition gewerkschaftlicher Lohnpolitik ist die Orientierung der Lohnerhöhungen an den Steigerungen der Arbeitsproduktivität. Das kann zur Zeit auf Grund des Kräfteverhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht durchgesetzt werden<sup>31</sup>, bleibt aber nichtsdestotrotz Leitfaden gewerkschaftlicher Tarifpolitik. Gewerkschaftliche Tarifpolitik soll sich an der Steigerung der Arbeitsproduktivität der betreffenden Branche orientieren. Um keine inflationären Wirkungen zu erzeugen sollen die Lohnsteigerungen immer knapp unterhalb der Steigerungen der Arbeitsproduktivität bleiben. Das heißt, dass ein Zuwachs der Arbeitsproduktivität nur dann dazu beiträgt eine zunehmende Zahl von Rentnern mit einer angemessenen Rente zu versorgen, wenn der Rentenversicherungsanteil an den vom Bruttolohn und vom Unternehmer zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträgen ansteigt. Historisch dargestellt: Wenn 1950 das Verhältnis von Jung zu Alt 1:7 betrug (s.o. M. Schlecht a.a.O.), dann darf auch nicht vergessen werden, dass damals der Rentenversicherungsanteil vom Bruttolohn nur etwas mehr als die Hälfte (nämlich 10%) des Betrages von heute (19,2%) ausmachte. Wer also von weiterhin gleichmäßig steigender Arbeitsproduktivität, einer an den Zuwächsen der Arbeitsproduktivität orientierten Lohnpolitik bei zunehmendem Anteil von Rentnern in der Gesellschaft ausgeht und die Rente mit 67 ablehnt, der sollte auch klarmachen, dass dann bis 2030 der Rentenversicherungsanteil vom Bruttolohn auf ca. 28%<sup>32</sup> steigen muss. Das mag aus sozialpolitischer Sicht nicht weiter problematisch sein. Problematisch wird dieser Prozess aber in den Augen des Kapitalisten, dessen Kapitalverwertung durch steigende Lohnkosten infolge höherer Rentenversicherungsbeiträge - im Vergleich zum Konkurrenten aus einem anderen Staat, dessen Lohnarbeiter mit Armutsrenten zu rechnen haben - ins Schlingern geraten könnte.
3. Die Orientierung aller Hoffnungen auf in Zukunft sagenhafte Steigerungen der Arbeitsproduktivität entspringt einer verklärenden Nostalgie auf den „sozialdemokratisch“/keynesianischen Staat in den Goldenen 25 Jahren in Westeuropa und den USA von 1949-73, auf einen Weltmarkt des beschränkten Freihandels und einer überwiegend rigiden Kontrolle der internationalen Kapitalbewegungen. In diesem Zustand konnte der Staat Kapital und Arbeit dazu zwingen, ihre Tarifabschlüsse stets an der Zielmarke der Entwicklungen der Arbeitsproduktivität zu orientieren. Die heutige Situation ist aber eine völlig andere. Jeder heutige Zuwachs an Arbeitsproduktivität fließt – wie die vergangenen 20 Jahren gezeigt haben - in die Geldbeutel des Kapitals. Wer heute von Segnungen des Zuwachses der Arbeitsproduktivität für die Lohnabhängigen und ihre Renten schwärmt, ohne deutlich zu machen, was sich wird verändern müssen, um dies auch durchzusetzen, sitzt einer Chimäre auf.
4. Wir möchten zuletzt noch darauf hinweisen, dass die Arbeitsproduktivität sowohl in der OECD als auch in der BRD zwar in den vergangenen 45 Jahren stetig gestiegen ist, aber

30 Die GRÜNEN gehen davon aus, dass mit dem Ende des Einsatzes der fossilen Energien (Kohle, Öl und Gas) der Übergang zu den Erneuerbaren (Wind, Sonne) gewaltige Fortschritte in der Produktivität verwendeter Energieträger (wieviele Einheiten Energie zur Produktion einer Wareneinheit verbraucht werden) erbringen wird.

31 Die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Reallöhnen und Profiten in der BRD seit den 90er Jahren legt Zeugnis davon ab.

32 Johannes Steffen: Zur Finanzierung einer Lebensstandard sichernden armutsfesten sozialen Rente; in: Urban, H.-J; Ehlscheid, C.; Gerntke, A.(2010): Der neue Generationenvertrag. Sozialstaatliche Erneuerung in der Krise; HH; S. 144f

eben immer geringere Zuwächse aufwies.<sup>33</sup> Der jährliche Zuwachs der Arbeitsproduktivität (reales BIP/Arbeitsstunden pro Jahr) in der BRD lag im Durchschnitt der Jahre 1950-73 noch bei 4%, er sank 1974-89 auf 1,6% und 1990-2004 weiter auf 1,1%.<sup>34</sup> Abnehmendes Wachstum (was zumindest in Europa auf abnehmende Zuwächse der Arbeitsproduktivität hinweist) ist das Sorgenkind der Ökonomie, da Beschäftigungseffekte im derzeitigen Kapitalismus erst ein Wachstum von >2% aufweisen wird.

### 3.2. Die Erosion der Sozialsysteme durch die Prekarisierung der Arbeit stoppen!

Die zunehmende Prekarisierung der Arbeit lässt die Gesetzliche Rentenversicherung erodieren. Wir haben im Zusammenhang mit der Thematisierung der Erwerbstätigkeit ( und im Anhang, Tab. 3) bereits darauf verwiesen, dass nichts so sehr boomt wie der Minijob und die Leiharbeit! Dementsprechend sinken die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung. Das „Beschäftigungswunder“ 2010 besteht bislang zum größten Teil aus wundersamen Vermehrungen prekärer Arbeitsverhältnisse.

In den Jahren 1991 bis 2007 hat sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten mit nur einer Erwerbsarbeit verdreifacht, die der Leiharbeit hat sich verdoppelt<sup>35</sup>. Hinzu treten die Phänomene einer Zunahme von Selbständigen, die als <Solo-Selbständige> meist infolge zu geringer Einnahmen keine oder nur sehr kleine Beiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen<sup>36</sup> und der Kategorie der sogenannten „working poor“ zuzurechnen sind, also den Menschen, die als Empfänger von Dumpinglöhnen selbst bei einem Vollarbeitstag nicht über die Runden kommen. Das Beschäftigungswunder der Agenda 2010 bezieht seine Legitimation durch solche Zahlen: Seit ihrem Inkrafttreten 2003 wurden bis 2008 300 000 Ein-Euro-Jobs, 500 000 Minijobs, 1,2 Mill. Teilzeitjobs und 400 000 Leiharbeiterjobs geschaffen. Die Agenda 2010 hat 2,4 Mill. Jobs geschaffen. Im gleichen Zeitraum wurden 900 000 Vollzeitstellen vernichtet. Die Agenda 2010 hat also 1,5 Mill. Jobs neu geschaffen.<sup>37</sup> Zugleich hat sie dadurch die Sozialversicherungssysteme entscheidend geschwächt!

Wenn das Rentensystem nicht einige grundsätzliche Reformen erfährt, dann wird zukünftig Altersarmut trotz lebenslanger Arbeitsbiografien zum Massenphänomen. Zu diesen Reformen muss die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze<sup>38</sup> gehören, dazu wird ein Höchstbeitrag der Rentenauszahlung und dazu wird eine obligatorische Einzahlung aller Erwerbstätigen gehören, seien sie Selbständige oder Lohnarbeiter. Dazu wird auch die Einbeziehung der Erträge aus Wertpapieren und Immobilien gehören, die ebenso als Einkommen zu gelten haben wie die Einkommen aus Lohnarbeit und Kapital! Dazu wird aber eben auch eine teilweise Umstellung der Gesetzlichen Rentenversicherung auf das Solidarprinzip gehören, das zum Beispiel in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Kraft ist. In der BRD besteht das System des <Äquivalenzbezuges> für das System der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV). Der Äquivalenzbezug koppelt die faktische Rentenhöhe an Höhe und Dauer der Beitragszahlungen.<sup>39</sup> Er

33 „Vergleicht man die sechziger/frühen siebziger mit den neunziger Jahren weisen alle Ökonomien [gemeint sind BRD, USA und Japan] einen Rückgang der Wachstumsdynamik auf. Das Golden Age kapitalistischen Wachstums scheint weniger Normalität denn Ausnahme zu reflektieren“. (Herr/Hübner (2005): Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie, S. 23; S.a.auch bei Robert Brenner: Boom & Bubble, Tab. 1.10, S. 81

34 Herr/Hübner (2005): Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie, S. 29

35 s.o. Tab. 2.1.

36 D. Döring (2010): Von der Arbeitnehmerpflichtversicherung zur Erwerbstätigenversicherung, in: Urban et al.: Der neue Generationenvertrag, S. 61, 65

37 H.-J. Urban (2010): Sozialstaatliche Sicherung in der großen Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus; in: Urban et al. , Der neue Generationenvertrag, S. 16, Abb.2

38 z.Zt. (2010) liegt sie in der alten BRD bei 66 000 € Jahreseinkommen

39 Das Solidarprinzip der GKV hat zur Konsequenz, dass alle Versicherten, unabhängig von der Höhe ihrer Beiträge, die gleiche Leistung durch das Gesundheitssystem beanspruchen können. Im Äquivalenzsystem gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Beitragshöhe und der Höhe der Rentenbezüge.

ist aber weder alternativlos noch das einzig logische System. Es ist zum Beispiel schwer einsehbar, warum einem Erwerbstätigen mit einem Jahreseinkommen von 100 000 € die Rentenhöhe nicht auf 3000 €/Monat begrenzt werden kann, obwohl der Bezieher 19 000 €/Jahr an die GRV abgeführt hat. Konkret: Was ist mit dem gutverdienenden Lehrer, der noch einmal das Äquivalent seines Jahresgehaltes aus seinem ererbten Immobilienbesitz als Einkommen hinzu -“verdient“? Wenn diese Einnahmen aus Immobilienbesitz zu Recht sozialabgabenpflichtig werden, dann wird dieser <Großverdiener>, sofern das Äquivalenzsystem weiterbesteht, im Pensionsalter fordern, dass er eine Rente ausbezahlt bekommt, die seinen Einzahlungen entspricht. Für die GRV wäre dies der Untergang. Deshalb ist nicht nur die Einführung einer Minimal-, sondern auch die Einführung einer Maximalrente logisch und vonnöten!

### 3.3. Der Vorschlag einer Erwerbstätigenversicherung

Die GRV ist ein auf Lohnarbeit zugeschnittenes Sozialversicherungssystem, das heute von verschiedenen Seiten der Erosion ausgesetzt ist. Eine auf Lohnsenkung zur Förderung des Standorts Deutschland zugeschnittene Politik hat in den vergangenen 30 Jahren dazu geführt, dass sich die Struktur der Erwerbstätigkeit verändert hat. Denn die Flexibilisierung der Arbeit durch fehlende Tarifverträge, durch Unterlaufen des Kündigungsschutzes, durch massiven Einsatz von Leiharbeitern und diverse Formen von Schein- und Kleinselbständigkeit - das sind die wichtigsten Elemente, die in der BRD zu einer in Europa beispiellosen Absenkung des Werts der Ware Arbeitskraft geführt haben, und damit das exportorientierte Modell Deutschland zu einer ökonomischen Dominanz in Europa beförderte, die nie zuvor so ausgeprägt war.

So hat zwischen 1991 und 2007 die Zahl der abhängig Beschäftigten um 1,2 Mill. (von 33,887 auf 32,606 Mill.) abgenommen, die Anzahl der Selbständigen aber um 30 % zugenommen (von 3,037 Mill. auf 4,16 Mill.). *„2008 liegt die Zahl der Selbständigen bei ca. 4,5 Mio., davon ca. 2,5 Mio. Soloselbständige; sie bilden somit inzwischen sogar die Mehrheit der Selbständigen“*.<sup>40</sup>

Ein Großteil dieser <Selbständigen> ist insofern wortgetreu selbständig, als er nur auf den eigenen Beinen steht (und nicht noch auf denen seiner Lohnarbeiter). Es handelt sich bei ihnen zumeist um die Angehörigen eines neuen Prekariats, um <Solo-Selbständige> ohne Lohnarbeiter und mit sehr wenig Eigenkapital, die zumeist die schlecht bezahlten Dienstleistungen bevölkern. *„Über die Altersvorsorge der geschätzten 3 Mio. Selbständigen ohne obligatorische Alterssicherung ist wenig bekannt,“* heißt es ganz nüchtern in einer gemeinsamen Broschüre des Sozialverband Deutschland (SoVB), DGB und Volkssolidarität Bundesverband mit dem Titel <Erwerbstätigenversicherung: Rente mit Zukunft><sup>41</sup>. Es kann davon ausgegangen werden, dass der überwiegende Teil dieser Soloselbständigen gar nicht genug Einkommen erwirtschaftet, um sich eine Altersvorsorge leisten zu können. Zu Recht weisen die Autoren darauf hin, dass die daraus entstehenden Probleme auf die zukünftige Generation verschoben werden, die dann dafür Sorge zu tragen hat, dass das Prekariat von gestern nicht verelendet.

Die gemeinsamen Reformvorschläge von DGB, Volkssolidarität und Sozialverband Deutschland können allerdings nicht überzeugen. Getrieben von der Absicht niemanden zu verschrecken, erteilen sie Konzepten der Einbeziehung der Nichterwerbseinkommen (Mieten, Zinsen, Dividenden) in die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung eine deutliche Absage. Sie verweisen zu Recht darauf, dass Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, deren Höhe nicht nur vom laufenden Erwerbseinkommen, sondern auch aus Zins-, Miet- und Dividendenzahlungen gespeist würden, heute sehr hohe Summen in die Rentenkassen spülen würden, aber morgen, wenn diese Beiträge zu hohen Rentenansprüchen würden, genau diese Ansprüche die Rentenkassen in den Bankrott treiben könnten. Die Einführung einer Höchstreute ziehen die Autoren der Erwerbstätigenversicherung

40 D. Döring (2010): ebd., S. 61, 65

41 ebd. S. 8

nicht in Erwägung, obwohl diese genau das Problem lösen würde, das aus der vielgeforderten Einbeziehung der Nichterwerbseinkommen entsteht. Stattdessen erhoffen sie sich eine Sanierung der Rentenversicherungen durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen (Handwerker, Beamte etc.). Die eher verhaltenen, sehr maßvollen und strikt systemimmanenten Konzepte der „Erwerbstätigenversicherung“ werden, wenn sie denn umgesetzt würden, möglicherweise zu einer kleinen Verbesserung der finanziellen Situation der gesetzlichen Rentenversicherung führen können, nicht aber zur Lösung von deren Problemen. Ob durch die Pflichtmitgliedschaft von Beamten und Selbständigen bis zur Beitragsbemessungsgrenze nennenswerte Summen in die Kassen der GRV gespült werden, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden:

- Solange keine Reformen des Arbeitsmarktes in Sicht sind, die der hemmungslosen Ausbeutung und Prekarisierung der Arbeitskräfte Einhalt bieten, werden die Opfer dieser Zustände in der Altersarmut enden – mit und ohne Erwerbstätigenversicherung. Die Lösung der Krise des Rentenversicherungssystems ist ohne eine Reform des Arbeitsmarktes nicht möglich!
- Solange Nichterwerbseinkommen und Beitragsbemessungsgrenzen als unberührbare Tabus gelten und eine Höchstrente als nicht mal thematisierungswert betrachtet wird, wird das soziale Sicherungssystem „Gesetzliche Rentenversicherung“ eine geschlossene Veranstaltung im Kreise der Habenichtse und Kleinverdiener bleiben.

### 3.4. Der Vorschlag einer Bürgerversicherung

Das Konzept einer Bürgerversicherung hat viele Autoren. Die meisten beziehen das Konzept aber auf das Krankenversicherungssystem und klammern das Rentenversicherungssystem aus. Eine hervorzuhebende Ausnahme bildet der Politikwissenschaftler und Kölner Professor Butterwegge.

Butterwegge schlägt eine a) einheitliche, b) allgemeine und c) solidarische Bürgerversicherung vor. Sie ist a) allgemein, denn sie umfasst Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Sie ist b) einheitlich, weil sie grundsätzlich alle Erwerbstätigen umfassen soll.

Sie ist c) solidarisch, weil sie eine einkommensunabhängige Versicherung ist.

Zudem ist ihre Beitragsbemessung nicht allein auf Arbeitseinkommen bezogen, sondern auch auf nicht erarbeitete Einkommen: Dividenden, Mieten, Zinsen etc. Butterwegge ist einer der Wenigen, die sich ohne Wenn und Aber für eine Höchstrente (eine sogen. <gedeckelte Rente>) stark machen. Nur sie wird vermeiden, dass hohe Pflichtbeiträge von Großverdienern auch spätere „Mammutrenten“ zur Folge haben werden, die jede Rentenkasse ruinieren.

Was, fragt er, wird passieren, „.....wenn man die Renten, nicht aber die Beiträge – wie in der Schweiz – ab einer bestimmten Höhe deckelt. Zu prüfen wäre, ob das – in der Krankenversicherung, wo ein Besserverdienender zwar höhere Beiträge zahlt, aber nicht mehr Arzneimittel bekommt als ein Geringverdiener, nicht geltende – Äquivalenzprinzip in der Rentenversicherung wirklich gebietet, Altersrenten zu zahlen, die weit über dem zur Sicherung des Lebensbedarfs erforderlichen Maß liegen.“ (S.3)

Das noch bestehende private Rentenversicherungssystem bildet laut Butterwegge ein Auslaufmodell – bestenfalls können noch private Zusatzversicherungen für Sonderleistungen Bestand haben.

Auch die IG BAU vertritt ein Konzept der Bürgerversicherung, das dem von Butterwegge in einigen Punkten recht nahe kommt. In der Bürgerversicherung sollen alle versichert werden – unabhängig von der Höhe ihres Einkommens. Die Beitragsbemessungsgrenze soll entweder fallen oder angehoben werden. Um eine spätere finanzielle Klemme infolge früherer hoher Beitragseinnahmen zu vermeiden, präferiert die IG-Bau ein degressives Beitragskonzept: „Gleichzeitig bringt ein Beitrags-Euro aus hohen Einkommen weniger Rente als ein Beitrags-Euro aus normalen Einkommen. So leisten starke Schultern einen größeren Beitrag zur

*Rentenfinanzierung.*<sup>42</sup>

#### **4. Warum eine politische Demografie konstruiert wird**

Die Mehrheit der Bevölkerung der BRD lehnt das neue System der Rente mit 67 ab. Aber das hat nicht zur Folge, dass sie auch die demografische Argumentation der Politik in Frage stellt. Die Rente mit 67 widerspricht einer verbreiteten Version des Gerechtigkeitsgefühls und den eigenen Wünschen. Auch ist der aktuelle Arbeitsmarkt nicht so beschaffen, dass er Arbeitnehmer über 60 Jahren mit offenen Armen empfängt. Das reale Renteneintrittsalter der Frauen in der BRD lag im Jahre 2006 bei 63,2 Jahren, das der Männer bei 63,3 Jahren (Deutsche Rentenversicherung: „Rentenzugangsalter steigt“) und die Mehrheit der Bevölkerung weiß genau, dass die Rentenreform auf eine Rentenkürzung hinausläuft, weil nur noch eine verschwindende Minderheit unter den Lohnarbeitern die Chance hat, bis zum 67. Lebensjahr ihre Arbeitskraft erfolgreich zu verkaufen.

Die Rente mit 67 – oder sogar besser: Erst mit 70, wie Unternehmerverbände fordern – ergibt sich allerdings mit logischer Konsequenz, wenn die Prämissen des Modells Deutschland geteilt werden. Wer es für erstrebenswert hält, dass die BRD in der EU der Exportmeister ist und weiterhin die 2. Stellung im Weltranking der Exporteure hält und wer meint, dass sich politisch, sozial und ökonomisch an den Strukturen des derzeitigen Systems der Verteilung des Reichtums, der Arbeit und der Muße wenig oder nichts ändern sollte, der verteidigt die obengenannten demografischen Prognosen und ein höheres Renteneintrittsalter als „sachgerechte Lösung“ eines demografischen Problems. Diese Zusammenhänge glaubhaft zu vermitteln ist der Zweck, weshalb eine politische Demografie konstruiert wird. Wir werden uns weiter unten noch damit beschäftigen.

Abgesehen von CDU und FDP stehen die Prämissen des Modells Deutschland zumindest aktuell auch bei SPD und GRÜNEN hoch im Kurs. Sie rechtfertigen diese Prämissen und rücken doch zugleich von deren Konsequenzen ab: Mit dem Argument, dass die aktuelle Entwicklung der Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern die Heraufsetzung des Rentenalters ab 2012 nicht begründen könne. Nun hat aber die Altersbeschäftigung bei den 63-65jährigen ab 2005 leicht zugenommen<sup>43</sup>, sodass zu Recht gemutmaßt werden darf, dass wohl eher der Widerstand der Gewerkschaften und die Konkurrenz der LINKEN zur Zeit das Abrücken von der Rente mit 67 in der SPD und bei den GRÜNEN motiviert haben. Folgen wir der sozialdemokratischen Argumentation gegen den aktuellen Start der Erhöhung des Rentenalters, dann kann das nur bedeuten, dass sich die Rente mit 67 erst dann wird begründen lassen, wenn der Arbeitsmarkt den Alten es auch erlauben wird, bis zum bitteren Ende weiter arbeiten zu können. Das könnte dann allerdings bedeuten, dass eine kommende rosa-grüne Regierung alle möglichen Hebel in Bewegung setzen muss, um die 60jährigen mit dem Zwang zur Lohnarbeit bis 67 (und mehr) zu piesacken - nur um dann irgendwann konstatieren zu können, dass die „großen Beschäftigungschancen der 65jährigen“ eine Anhebung des Renteneintrittsalters um ein paar Jahre allemal rechtfertigen könnten. Genau dieser Trend ist absehbar: Ein wachsender Fachkräftemangel, hervorgegangen aus den miserablen Bedingungen des Ausbildungssystems (besonders auch des Berufsausbildungssystems), wird dazu führen, dass die Barrieren des normalen und des vorzeitigen Renteneintritts immer höher geschraubt werden. Einfach weil das Modell Deutschland es erfordert!

42 Positionspapier der IG-Bau: „Rente mit 67' stoppen – Erwerbsminderung besser absichern.“

43 Urban, Ehlscheid, Gernke (2010): Für einen neuen Generationenvertrag; in: dieselben: Der Neue Generationenvertrag, HH, S. 46, Abb. 4

#### 4.1. Das System der Sozialversicherungen im Fokus der Finanzmärkte

Das Rentenversicherungssystem ist neben der Krankenversicherung der wichtigste Grundpfeiler des Systems der sozialen Sicherungen. 2009 nahmen die gesetzlichen Rentenversicherungsträger 246 Milliarden Euro ein, darunter 182 Mrd. Euro aus Beiträgen. Diese recht beträchtliche Summe ist für die Finanzmärkte hochattraktiv, weil es sich um regelmäßige monetäre Flüsse handelt und eine ganze Vielzahl von „Fonds“ bereits längere Erfahrungen im privaten Rentenversicherungsgeschäft hat sammeln können. Private Rentenversicherungen plazieren ihre Einnahmen an der Börse. Der Versicherungsnehmer wird mit der Aussicht auf hohe Erträge geködert, den Versicherungsträger reizt die Aussicht auf Teilhabe an Spekulationsgewinnen und den daraus sich ergebenden Renditen. Die Anlage privater Ersparnisse auf dem Kapitalmarkt gründet auf der Annahme, dass niemand besser als die Finanzmärkte die eingesammelten Rentenversicherungsbeiträge in optimaler Weise dem Kapitalverwertungsprozess zuzuführen weiß. Optimal heißt, dass sie an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit eine maximale Profitrate abwerfen, die sich in hohen Verzinsungen der Renteneinlagen niederschlagen soll. Diese hohen Verzinsungen privater Rentenversicherungen sollen – so wird in Regierungskreisen gehofft – dazu beitragen, die rückläufigen Einnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung zu neutralisieren.<sup>44</sup>

In den USA, wo die gesetzliche Rentenversicherung nur eine kümmerliche Basisversorgung leisten soll und die Sicherung der Altersvorsorge einer zusätzlichen privaten Rentenversicherung bedarf (die sich nur die Hälfte aller Rentner leisten kann), traf die Krise 2000/01 besonders hart die Pensionsfonds, die das Geld zukünftiger Rentner in Betriebe der „New Economy“ investiert hatten und die dann innerhalb weniger Monate zusammenbrachen. Ähnliches hat in den USA, in Irland und in geringerem Maße auch in einigen EU-Staaten anlässlich der Finanzkrise 2008 stattgefunden. Es gibt keine empirischen Nachweise für Vorteile des kapitalfinanzierten Systems gegenüber dem System der Umlagefinanzierung<sup>45</sup>, das noch bislang in der BRD in Kraft ist. Die Zukunftsversprechen sicherer Renten durch kapitalgedeckte Versicherungen speisten und speisen sich aus der Hoffnung, dass in Zukunft die Globale Ökonomie dazu in der Lage sei Traumrenditen<sup>46</sup> zu erwirtschaften. Bislang bringt sie alle 6-7 Jahre Albtraumkrisen hervor, unter denen zumeist die zu leiden haben, die am wenigsten dazu beigetragen haben, ihnen aber auch wenig entgegensetzen können.

Mit der Riesterreente ist in der BRD der erste Schritt ins Renditeparadies einer Teilprivatisierung der Rentenversicherung getan. Weitere werden wahrscheinlich folgen. Die EU und die Regierungen der europäischen Nationalstaaten haben natürlich auch ein nicht geringes Interesse daran, die hochsubventionierten Sozialversicherungssysteme endlich los zu werden. Denn diese sind es, die in jedem Konjunkturreinbruch dazu beitragen, dass die Verschuldungen der öffentlichen Kassen in die Höhe schnellen.

#### 4.2. Die BRD im Standortwettbewerb

Die demografische Prognose mit dem Titel „Überalterung“ hat zur Zeit in Medien und Regierungspolitik den Stellenwert der Verkündung einer Art Naturkonstante. Die Kritik daran setzt sich stets dem Verdacht aus, die Probleme der Zukunft zu leugnen und so zu tun, als ginge die

44 „Die Vorstellung, dass Überrenditen in der kapitalgedeckten Altersvorsorge ... quasi automatisch zu einer Überkompensierung der politisch gesteuerten Verluste in der ersten Säule [*gemeint ist die GRI*] führen könnten, hat sich spätestens seit der aktuellen Finanzkrise überlebt.“ (W. Lohre: Betriebsrenten für alle?; in Urban et al., S. 104)

45 Christine André: Pensions in the European Union, Brussels September 2002, p.9ff) .

46 Es gibt tatsächlich Konzerne wie die Deutsche Bank, die Jahresrenditen auf Eigenkapital von mehr als 20% erwirtschaften. Aber erstens sind dies verschwindende Einzelfälle und zweitens lassen sich solche <Eigenkapitalverzinsungen> auch durch allerlei Kalkulationstricks erzeugen. Dadurch steigt die Reputation auf den Finanzmärkten und der Zugang zu billigem Geld.

gesellschaftliche Entwicklung an der Rentenversicherung vorbei.<sup>47</sup> Die Behandlung eines so komplexen Themas wie der demografischen Entwicklung in schablonenartigen Stereotypen und die beharrliche Verwendung von Begriffen aus dem Pool des Gemeinwohls durch die überwältigende Mehrheit der Medien sollten bei ein wenig kritischer Sicht eigentlich nur Skepsis wecken: „Jugend muss mehr Alte ernähren“, „Zukunftssicherung sozialer Sicherungssysteme“, „Keine Belastung künftiger Generationen“, „Unser Gemeinwesen“ etc. Ironischerweise kommen die gewaltigen Belastungen der Gegenwart und der sehr nahen Zukunft, nämlich Altersarmut infolge von Massenarbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen, in diesen Medieninformationen nicht oder nur an untergeordneter Stelle vor. So schlicht, durchschaubar und wenig konkret diese Argumentationsmuster auch sein mögen, sie sind mittlerweile allgegenwärtig und werden von vielen Menschen für bare Münze genommen.

Einen wahren Kern enthalten diese Argumentationsmuster allerdings: Der bisherige Generationenproporz hat sich im Laufe des ganzen 20. Jahrhunderts allmählich verschoben. Die Menschen wurden und werden im Durchschnitt immer älter und zugleich nimmt die Geburtenrate ab. Es gibt in dieser demografischen Konstellation drei Möglichkeiten der Problembearbeitung:

1. Eine längere Lebensarbeitszeit und eine Absenkung der Durchschnittsrenten.
2. Einen Anstieg des Anteils der Rentenversicherungsbeiträge am Bruttolohn (wir haben schon oben gesehen, dass bis 1955 der Anteil 10% betrug, während er heute 19% beträgt).
3. Eine Erhöhung der Beschäftigungsquote (Arbeitsmarktpolitik) und eine Reform des Rentenversicherungssystems in Form einer Bürgerversicherung.

Die bisherigen Bundesregierungen haben in Gestalt der Variante 2 und danach der Variante 1 bereits eine Wahl getroffen. Warum?

Das bundesdeutsche Rentenversicherungssystem ist (wie auch das Gesundheitssystem der gesetzlichen Krankenversicherung) ein Versicherungssystem für die minderbemittelte Mehrheit der Gesellschaft. Die Epoche der hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten, die es erlaubten durch Sickereffekte von oben nach unten auch im unteren Teil der Gesellschaft ein wenig Wohlstand zu erarbeiten, sind seit den 70er Jahren des 20. Jh. definitiv vorbei. Die meisten Wachstumsraten in den letzten Jahrzehnten erreichten nicht einmal die magische 2%-Schwelle, ab der das Wachstum auch Beschäftigung bringt. Stattdessen existiert eine millionenfache Reservearmee von Arbeitslosen, deren schiere Existenz als Drohung allein genügt, um die, die noch über Arbeitsplätze verfügen, zu lohnpolitischem Stillhalten oder sogar zum Verzicht zu zwingen.

Die BRD verdankt heute ihre Stellung als Exportmeister nicht nur ihrer Spitzentechnologie in einigen Branchen, sondern ebenso sehr einem beispiellosen Verfall der Reallöhne. Einzigartig in Europa sanken sie 2000-2008 um 0,8%.<sup>48</sup> Ein Bestandteil dieser Reallöhne sind die Lohnnebenkosten. Ob es sich nun um den liberalen Lockruf „Mehr Netto vom Brutto“ oder um heiß umkämpfte Zehntelprozentpunkte bei Krankenversicherung oder Rentenversicherung handelt: Stets dreht sich der Konflikt um die Bruttolöhne.

Wenn eine zunehmende Zahl von Rentnern aus den Steigerungen der Arbeitsproduktivität alimentiert werden soll, dann muss auch ein zunehmender Teil von den Produktivitätssteigerungen zum Zweck der Zahlung von Renten an die derzeitigen Rentner abgezweigt werden. Dann muß aber auch der Rentenversicherungsbeitrag steigen. Werden die seit den 90er Jahren erfolgten Reformen des Rentensystems rückgängig gemacht und ansonsten in der Arbeits- und Sozialpolitik alles beim alten gelassen, dann wird der Gesetzliche Rentenversicherungsanteil vom Bruttolohn von derzeit 19,5% auf 2030 = 28% steigen.<sup>49</sup> Wird er paritätisch gezahlt, dann steigen die Lohnkosten für das Kapital, es sinkt folglich die Profitrate (solange auf dem Weltmarkt nicht höhere Preise erzielt werden können) und damit auch das, was in der gegenwärtigen Weltökonomie

47 Christine Scheel, MdB Die GRÜNEN, in: ND 3.9.10, S. 17

48 Der Spiegel v. 18.09.08: Deutschland schwächelt bei Entwicklung der Reallöhne

49 Johannes Steffen: Zur Finanzierung einer Lebensstandard sichernden armutsfesten sozialen Rente; in: Urban, H.-J; Ehlscheid, C.; Gernthke, A.(2010): Der neue Generationenvertrag. Sozialstaatliche Erneuerung in der Krise; HH; S. 144f

„Wettbewerbsfähigkeit“ genannt wird. Denn: Hohe Profitraten erlauben hohe Dividendenzahlungen und diese hieven ein Unternehmen auf einen hohen Platz im Ranking, weil hohe Börsennotierungen leichten Zugang zu frischem und billigem Geld ermöglichen und dies wiederum die Chancen einer weiteren Steigerung der Profitrate erhöht. Das ist im wesentlichen die Sicht des neoklassischen Ökonomen und zugleich das Argumentationsmuster einer Mehrheit im staatlichen und auch im Medienbetrieb.

Noch einmal sei hier hervorgehoben: Das Kapital in der BRD hat ein *existentielles Interesse* an einem Rentenversicherungssystem, das auf der Gesetzlichen Rentenversicherung als schmaler Basisversicherung beruht und über dem sich ein privates Rentensystem erhebt, in das je nach Einkommenshöhe eingezahlt wird. In diesem Rentensystem sind die paritätisch zu zahlenden Unternehmerbeiträge auf ein Minimum heruntergeschraubt.

Ich betone dabei das „existentielle Interesse“, denn mit der Einführung des Euro 2001 sind die bisherigen innereuropäischen Möglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik radikal geschrumpft.

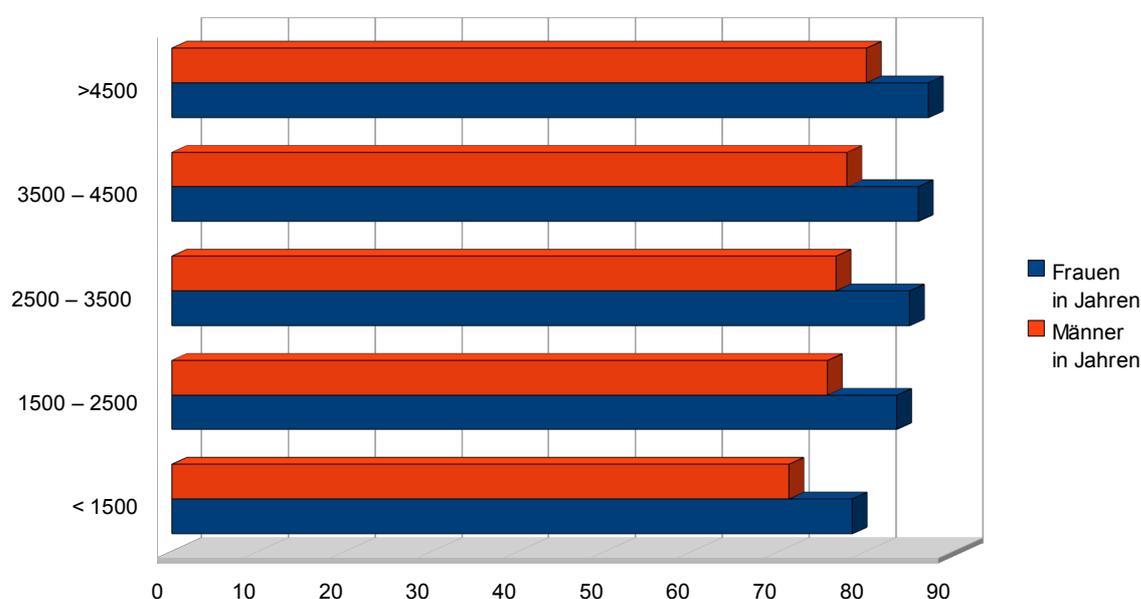
Rentenpolitik ist Wettbewerbspolitik: Wer heute im internationalen Wettbewerb die Exportquote erhöhen will (weil er neue Absatzmärkte benötigt oder einfach Handels- bzw. Leistungsbilanzdefizite ausgleichen will), der kann nicht mehr zu währungspolitischen Mitteln wie der Abwertung greifen, sondern muß gnadenlose Niedriglohnpolitik betreiben. Die Lohnarbeiter, resp. ihre Gewerkschaften, befinden sich in der Zange. Die Größe der industriellen Reservearmee und die Drohung, dass nach dem Arbeitslosengeld Hartz IV winken wird, lässt ganze Belegschaften „freiwillig“ auf Lohnerhöhungen verzichten, wenn Kapitalisten mit windigen Versprechungen zeitlich befristet sichere Arbeitsplätze („keine betriebsbedingten Entlassungen“) anbieten oder auch nur die Auswanderung der ganzen Firma androhen („Standortwechsel“). Diese ausbleibenden Lohnerhöhungen sind bei zunehmender Arbeitsproduktivität die Kehrseite wachsender Profite und die Ursache sich leerender Kassen in der Gesetzlichen Rentenversicherung.

Rentenpolitik ist Haushaltspolitik: *„Mit rd. 80,7 Mrd. € machen die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung wie bereits in den vergangenen Jahren den größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt aus. Lag der Anteil an den Bundesaussgaben im Jahr 1984 noch bei rd. 13,0 %, so beträgt er im Regierungsentwurf 2010 rd. 24,6 %. Nominal haben sich die Ausgaben des Bundes für die Rentenversicherung innerhalb eines Viertel Jahrhunderts fast verfünffacht. Die Ausgaben der Rentenversicherung haben sich seither fast verdreifacht.“*<sup>50</sup> Haushaltskonsolidierung steht auf der Agenda ganz oben, weil mit geringer Verschuldung die finanziellen Spielräume für Politik steigen. Kapital und Regierungen haben es in der BRD geschafft, dass die Löhne seit der „Wende“ massiv eingebrochen sind. Damit haben sie die BRD zum Exportchampion gemacht. Daran verdient hat eine kleine Schicht von Kapitalisten, Finanzabenteurern und Rentiers. Zugleich hat dieses System der Exportförderung aber den Sozialversicherungssystemen das Wasser abgegraben, die – wie das System der Gesetzlichen Rentenversicherung – massiv bezuschusst werden mussten, um wenigstens einen für die politische Stabilität unabdingbaren Kern ihrer Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Heute geht es darum, wie dieser Berg wachsender Sozialausgaben nach und nach zurückgefahren werden kann, ohne dass sich massenhafter Unmut in der Bevölkerung regt. Die schwatzhaften Ergüsse zum Thema „Überalterung der Gesellschaft“ sind in diesem Sinne geeignet, dem Projekt einer massiven Rentenkürzung wenigstens die Legitimationaura eines Sachzwangs zu verschaffen.

### 4.3. Ein letzter Perspektivenwechsel

Die Konstruktion einer politischen Demografie vom vorliegenden Typ verdankt sich aber auch einer die Wahrnehmung trübenden Blicks auf die Realitäten der gesellschaftlichen Ungleichheit. Die drohende zukünftigen Altersarmut von Millionen Menschen, die heute unter den Folgen eines Arbeitsmarktes leiden, der sie schlicht ausgestoßen hat oder sie als billigstes Gelegenheitspersonal missbraucht, wird weitgehend ignoriert. Diese Ungleichheit manifestiert sich nicht nur in der wachsenden Armut der unteren Einkommensgruppen, sondern eben auch in der Tatsache, dass mit höherem Einkommen die Lebenserwartung steigt.

**Abb. 5.: Korrelation von Lebensalter und monatlichem Bruttoeinkommen in der BRD**



**Tab. 5.: Korrelation von Lebensalter und monatlichem Bruttoeinkommen in der BRD**

Monatliches Bruttoeinkommen in Euro	Frauen in Jahren	Männer in Jahren
< 1500	78,4	71,1
1500 – 2500	83,5	75,5
2500 – 3500	85,0	76,5
3500 – 4500	86,0	77,8
>4500	87,2	80,0

(Lauterbach, K. et al.(2006))

Die ausgeprägte positive Korrelation von Lebenserwartung und Einkommenshöhe mag vielerlei Ursachen haben, Beachtung verdient aber der Ländervergleich USA, BRD und Schweden. USA und BRD sind zwei Staaten mit ausgeprägter gesellschaftlicher Hierarchie der Einkommen. Sie zeigen zwischen niedrigsten und höchsten Einkommen eine Differenz von 8,8 / 8,9 Jahren bei Männern / Frauen in der BRD und 10 / 4,3 Jahren bei (weißen) Männern / Frauen in den USA. In Schweden, einem Staat mit vergleichsweise geringerer Einkommensdifferenz, ist die genannte Differenz der

Lebenserwartung 2,0 und 1,8 Jahre bei Männern und Frauen.<sup>51</sup>

## Fazit

Die Rentenlüge ist eine Lüge der Politik: Die Demografie und ihre Autoren aus den Statistischen Ämtern haben damit vergleichsweise wenig zu tun. Die Politikratschläge in den demografischen Trends sind leicht als „Auftragsschreibe“ zu entziffern.

Die Rentenlüge ist eine Operation mit falschen Begriffen: Es gibt keine automatische Ableitung der Notwendigkeit längerer Lebensarbeitszeiten aus der Abnahme der Zahl erwerbsfähiger Menschen. Wir haben gesehen warum: Angesichts hoher Arbeitslosigkeit, Prekarität und (an europäischen Maßstäben gemessen) geringer weiblicher Erwerbstätigkeit sind Rückschlüsse von potentieller Erwerbsfähigkeit auf reale Erwerbstätigkeit ohne Sinn.

Die Rentenlüge hat aber ihre Funktionen:

1. Sie soll eine Rentenkürzung durch längere Lebensarbeitszeit rechtfertigen. Eine politische Auseinandersetzung um die Zukunft der Gesellschaft, der Entwicklungen von Staat und Wirtschaft, soll vermieden werden. Es wird die Zukunft als Blaupause der Gegenwart angenommen. Nichts wird sich ändern .... außer dass die Menschen immer älter werden. Stellen wir uns vor, dass im Jahre 1960 eine demografische Statistik als Basis dafür benutzt worden wäre, die Zukunft im Jahr 2010 zu prognostizieren! Heute würden wir darüber lachen.
2. Sie soll den Skandal vertuschen, dass keine politische Kraft in der BRD zur Zeit dazu in der Lage zu sein scheint, etwas Substantielles an der derzeitigen Struktur der Erwerbstätigkeit zu verändern. Arbeitslosigkeit und Prekarität, ein erzwungener Ausschluss aus der Erwerbstätigkeit, ein Berufsleben zwischen 400-Euro-Jobs, Saisonarbeit, Leiharbeit und der Angst um den Erhalt des Arbeitsplatzes, sie prägen die Arbeitsbedingungen von mittlerweile fast einem Viertel der Erwerbstätigen. *„In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil klassischer Beschäftigung deutlich zurückgegangen. Dagegen ist der Anteil derjenigen mit Teilzeitjob, Zeitarbeit, geringfügig oder befristeter Beschäftigung seit 1998 um 6,0 Prozentpunkte auf stolze 22,2 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen“*, weiß die Süddeutsche Zeitung zu berichten.<sup>52</sup> Die „working poor“ mauserten sich in den USA bereits in den 90er Jahren zum festen Bestandteil der Erwerbstätigkeit. Heute trifft dies auch auf die BRD zu. Das ist aber nur selten Gegenstand politischer Debatten. Nicht die erzwungene Ausgrenzung von Millionen Menschen aus der Erwerbstätigkeit, nicht die epidemische Ausbreitung der Niedrigstlöhne stehen im Zentrum der Debatte um die Zukunft unserer Renten, sondern *das drohende Gespenst der Überalterung! Schiere Demagogie beherrscht eines der wichtigsten Themen unserer Lebenswelt!*
3. Sie soll allen zukünftigen Rentnern nahelegen eine private Zusatzversicherung abzuschließen. Das entlastet den Staatshaushalt, das heißt sie wird die Subventionen der Rentenversicherung ein Stück reduzieren.

Die Privatisierung der Rentenversicherung mästet die Spekulation auf den Finanzmärkten. Zugleich erhöht sie die Abhängigkeit von Millionen Rentnern vom Börsenerfolg ihrer Rentenversicherer. Das schafft Legitimation für den Erhalt des Status Quo auf den Finanzmärkten, schafft eine mächtige Lobby gegen deren Regulierung. Insofern darf sich niemand wundern, warum in der BRD der

<sup>51</sup> Lauterbach, K. et al. (2006): Zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung; FORSCHUNGSBERICHTE DES INSTITUTS FÜR GESUNDHEITSÖKONOMIE UND KLINISCHE EPIDEMIOLOGIE DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN; Nr. 1/2006; S. 8

<sup>52</sup> SZ 19.8.2009; Arm trotz Arbeit

Widerstand gegen die Zumutungen der Finanzmarktkrise so lau ausfiel und solche Organisationen wie die LINKE und attac eben, obwohl sie diese Krise seit langem prognostizierten, keinen Gewinn in Gestalt wachsender Mitgliedschaft oder Mobilisierungskräfte daraus haben ziehen können. Stattdessen: Der CDU-Wirtschaftsrat und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fordern bereits munter (selbstredend unter Beifall der FDP) die Rente mit 69 (tagesschau 18. und 22.6.2011). **Wie wird es weitergehen, wenn wir uns nicht wehren?**

## Anhang

**Tab. 2.1.1.: Differenzierung der erwerbsfähigen Bevölkerung 1992 und 2007<sup>53</sup>**

Erwerbsfähige Bevölkerung	Status	1992	2007
Inaktiv		25%	21%
Arbeitslos	nicht erwerbstätige Erwerbsfähige	7%	8%
Ausbildung		1,50%	1,50%
Selbständig		6%	7%
Geringfügige Beschäftigung	erwerbstätige Erwerbsfähige	1%	4%
Leiharbeit		1%	2%
Befristete Beschäftigung		5%	5%
Ausbildung <sup>54</sup>		1,50%	1,50%
Unbefristete Teilzeit		7%	11%
Unbefristete Vollzeit		45%	38%

(IZA-Research Report „Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009)

<sup>53</sup> Die Tabelle hat der Autor nach Daten aus <IZA Research Report „Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009“> zusammengestellt. Der IZA-Report wird im Auftrag der Bertelsmannstiftung erstellt. Zudem gibt es z.B. das von den Universitäten Essen und Duisburg initiierte Projekt <Sozialpolitik aktuell>, das von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wird. <Sozialpolitik aktuell> zeichnet die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses um Längen dramatischer als der IZA-Report. Laut <Sozialpolitik aktuell>: „Im Jahr 2008 waren 34,9 Mio. Menschen abhängig beschäftigt, davon 12,1 Mio. in Teilzeitarbeit, 5,1 Mio. in befristeten Arbeitsverträgen, 4,9 Mio. als ausschließlich geringfügig Beschäftigte und 0,8 Mio. als Leiharbeitnehmer (statistische Überschneidungen möglich)“.(s.a. Kommentar zur Graphik „Atypische Beschäftigung 2008“; in: [www.sozialpolitik-aktuell.de](http://www.sozialpolitik-aktuell.de)).

<sup>54</sup> Auszubildende können erwerbstätig und nicht erwerbstätig sein, können sich im erwerbsfähigen (>20 J.) oder auch im nicht erwerbsfähigen Alter (<20 J.) befinden. Gewerbliche Auszubildende werden i.d.R. tariflich entlohnt, zahlen Sozialbeiträge und ggf. auch Lohnsteuer. In den meisten Fällen sind gewerbliche Auszubildende unter 20 Jahre alt, werden also in der Statistik in der Rubrik der nicht-erwerbsfähigen Bevölkerung geführt, obwohl sie allen Merkmalen nach erwerbstätig sind. Studenten werden demgegenüber i.d.R. in der Rubrik der nicht-erwerbstätigen Bevölkerung geführt, da sie z.T. auch Leistungsempfänger sind. Sie sind überwiegend älter als 20 Jahre und gehören zum erwerbsfähigen Teil der Bevölkerung. Ich teile der Einfachheit halber den Gesamtanteil der Auszubildenden an der Bevölkerung je hälftig den Erwerbstätigen und den Nicht-Erwerbstätigen zu, da die Auszubildenden im nicht erwerbsfähigen Alter der jüngste Teil der Großgruppe der Erwerbstätigen darstellt.

**Tab.3.: Differenzierung der erwerbsfähigen Bevölkerung 2007/2060 (im Vergleich infolge eines 53 Jahre alten Politikwechsels).**

Erwerbsfähige Bevölkerung	Status	2007 = 50 Mill.	2060 = 36 Mill. (bei einem Wanderungssaldo von +200 000)
Inaktiv	nicht erwerbstätige Erwerbsfähige	21%	20%
Arbeitslos		8%	3%
Ausbildung		1,50%	2%
Selbständig	erwerbstätige Erwerbsfähige	7%	5%
Geringfügige Beschäftigung		4%	1%
Leiharbeit		2%	1%
Befristete Beschäftigung		5%	5%
Ausbildung		1,50%	4%
Unbefristete Teilzeit		11%	14%
Unbefristete Vollzeit		38%	45%

Dieser Tabelle liegen die Daten des IZA Research Report und die Daten des Statistischen Bundesamtes (Bevölkerung Deutschlands bis 2060) zugrunde.

1. Nehmen wir für 2060 die Obergrenze von 36 Mill. Erwerbsfähigen (Zuwanderungssaldo +200 000/Jahr), dann sind davon 78% erwerbstätige Erwerbsfähige = 28,08 Mill. Das sind 38,9% einer Gesamtbevölkerung von 70 Mill. Wohlgemerkt: Im Jahr 2007 waren es bei einer Gesamtbevölkerung von 82 Mill. mit 41,8% nur geringfügig mehr erwerbstätige Erwerbsfähige (nämlich 2,9%).

2. Nehmen wir die Untergrenze von 33 Mill. Erwerbsfähigen (Zuwanderungssaldo +100 000/Jahr), dann sind davon 78% aktive Erwerbsfähige = 24,90 Mill. Diese 24,90 Mill. sind 38,50% bei einer Gesamtbevölkerung von 64,65 Mill. Auch hier ist die Differenz zu 2007 nicht gravierend (= -3,3%). Aber: Wie schon oben gesagt: Die Anzahl der **Erwerbsfähigen** sagt gar nichts aus, solange nicht benannt werden kann, wieviele unter ihnen als **Erwerbstätige** denn real in die Rentenversicherungen einzahlen.

**Tab. 3.1.: Wieviele Erwerbstätige sind nötig, um die BRD zu unterhalten: 2007 und 2060 / in der Gegenwart und in der möglichen Zukunft**

Erwerbsfähige Bevölkerung	2007		2060			
	50 Mill.(100%)		33 Mill.(100%)		36 Mill.(100%)	
			Zuwanderung 100000/Jahr		Zuwanderung 200000/Jahr	
	%	Mill	%	Mill	%	Mill
davon: nicht erwerbstätige Erwerbsfähige	30,50	15,25	23,50	7,80	25,00	9,00
davon: erwerbstätige Erwerbsfähige	68,50	34,25	75,50	24,90	75,00	27,00
Gesamtbevölkerung	100	82,00	100	65,00	100	70,00
Anteil Erwerbstätiger an der Gesamtbevölkerung	<b>42</b>	34,25	<b>38</b>	24,90	<b>39</b>	27,00

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060

IZA Research Report „Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009“

2007 waren es 42% der Gesamtbevölkerung, die als Erwerbstätige die ganze Gesellschaft unterhalten haben.

Bei der oben genannten (im Vergleich zur derzeitigen Politik) hypothetisch veränderten politischen Prioritätensetzung werden im Jahre 2060 (bei nur 100 000 Zuwanderern pro Jahr) 39% erwerbstätige Menschen im Alter von 20-65 Jahren die gesamte Gesellschaft unterhalten! Bei jährlich 200 000 Zuwanderungen werden es 39% der Gesamtbevölkerung sein, die die Gesellschaft unterhalten.

**Literatur:**

André, Christine	(2002): Pensions in the European Union, Brussels
Brenner, Robert	(2006): Boom & Bubble; Hamburg
Butterwegge, Christoph	Die solidarische Bürgerversicherung; <a href="http://www.christophbutterwegge.de/texte/Buergerversicherung.pdf">http://www.christophbutterwegge.de/texte/Buergerversicherung.pdf</a>
DER SPIEGEL	Juni 1989: „Krieg der Generationen“ / „Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten“
Deutsche Rentenversicherung	(2007): „Rentenzugangsalter steigt“; <a href="http://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/de/Inhalt/Presse/Pressemitteilung/2007/2007_20_06_rentenzugangsalter_steigt.html?nn=28150">http://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/de/Inhalt/Presse/Pressemitteilung/2007/2007_20_06_rentenzugangsalter_steigt.html?nn=28150</a>
DGB, Volkssolidarität und Sozialverband Deutschland.	Erwerbstätigenversicherung: Rente mit Zukunft – Für die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung. Ein gemeinsames Konzept von DGB, Volkssolidarität und Sozialverband Deutschland.
DIE ZEIT	v. 10.04.08 unter dem Titel <Rentner an der Macht>;
Döring, D.	(2010): Von der Arbeitnehmerpflichtversicherung zur Erwerbs-tätigenversicherung, in: Urban et al.: Der neue Generationen-vertrag, S. 55-71
EU-Kommission	(3.3.2010): Europa 2020. Eine Strategie für ein intelligentes, nach-haltiges und integratives Wachstum, Brüssel
EU-Kommission	(7.7.2010): Grünbuch – Angemessene, nachhaltige und sichere Pensions- und Rentensysteme, Brüssel
Geisler, E.	Unterschiede in der Müttererwerbstätigkeit bleiben bestehen; in: Max-Planck-Institut f. demographische Forschung ; DemographischeForschung aus erster Hand , Jg. 7, Nr.4
Herr/Hübner	(2005): Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie
IZA	Research Report „Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009
Lauterbach, K. et al.	(2006): Zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung; FORSCHUNGSBERICHTE DES INSTITUTS FÜR GESUNDHEITSÖKONOMIE UND KLINISCHE EPIDEMIOLOGIE DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN; Nr. 1/2006
Lohre , Werner	(2010): Betriebsrenten für alle?; in: Urban, Ehlscheid, Gerntke: Der neue Generationenvertrag, HH, S. 90-106
Marschalck, Peter	(1984): Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Ffm.
Raffelhüschen, Bernd	Zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung – Eine unendliche Geschichte; Deut. Bank Research
Sozialpolitik aktuell	Jahresarbeitsvolumen, Zahl der Erwerbstätigen und registrierte Arbeitslosigkeit 1991-2008; <a href="http://www.sozialpolitik-aktuell.de">www.sozialpolitik-aktuell.de</a>
Statistisches Bundesamt	Demografischer Wandel in Deutschland
Statistisches Bundesamt	Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungs-vorausberechnung
Statistisches Bundesamt	Bevölkerung Deutschlands bis 2060
Steffen, Johannes	(2010): Zur Finanzierung einer Lebensstandard sichernden armutsfesten sozialen Rente; in: Urban, H.-J; Ehlscheid, C.; Gerntke, A.: Der neue Generationenvertrag. Sozialstaatliche Erneuerung in der Krise; HH; S. 141-156
Urban, Ehlscheid, Gerntke (Hg.)	(2010): Für einen neuen Generationenvertrag; in: dieselben: Der Neue Generationenvertrag, HH, S. 31-52
Urban, Hans-Jürgen	(2003): Perspektiven der Gesundheitspolitik im neuen europäischen Sozialmodell, Prokla 132, S. 433-452
Bundesministerium für Finanzen	(2009): Pressemitteilung 26
IG-BAU	„Rente mit 67' stoppen – Erwerbsminderung besser absichern.“ <a href="http://www.ichwillrente.net/fileadmin/templates/dgb/uploads/pdf/Aktuelles/101001/Hintergrund.pdf">http://www.ichwillrente.net/fileadmin/templates/dgb/uploads/pdf/Aktuelles/101001/Hintergrund.pdf</a>

**Abk.:**

Akh:	Arbeitskraftstunden
BA:	Statistische Bundesanstalt
RV:	Rentenversicherung
GRV:	Gesetzliches Rentenversicherungssystem
GKV:	Gesetzliche Krankenversicherung